



Vierteiljährlicher Abonnements-Preis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Anfertigungsgeld für den Raum einer halbspaltigen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

Berlin, 27. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kaiserlich russischen General-Major und General-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers, Kulejew, und dem Königlich niederländischen General-Major und Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs, Baron Gansneb, genannt Tengnagel, den Orden des Königlich niederländischen Ordens erster Klasse; dem Königlich niederländischen Oberst-Lieutenant und Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs, Grafen Du Monceau, den Orden des Königlich niederländischen Ordens zweiter Klasse; dem Kaiserlich russischen Staatsrath und Kammerjunker von Kreinoff, Secretär des Chefs der Gendarmerie, den Königlich russischen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Kaiserlich russischen Gendarmerie-Capitän Smirnow, dem Königlich russischen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Kaiserlich russischen Gouvernements-Secretär Iwanoff zu St. Petersburg und dem Kaiserlich russischen Collegien-Registrator Jacoboff ebendasselbst den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Pfarrer Carl Wilhelm zu Roserich auf Rügen zum ersten Divisionspfarrer der dritten Division ernannt und ihn unter Beilegung des Titels „Militär-Ober-Pfarrer“ mit den Geschäften eines solchen beim II. Armee-Corps betraut; so wie dem bei der Ober-Rechnungskammer angeestellten Geheimen Canzlei-Secretär Supplie, bei seinem Ausscheiden mit Pension aus dem Staatsdienste, den Charakter als Kanzlei-Rath; und dem Hofgerichtsrath und Hofleutnanten Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Albrecht von Preußen, Schwerin zu Berlin, den Charakter als Commissions-Rath verliehen.

Der Notar Schwenger in Montjoie ist in den Friedensgerichtsbezirk Goch, im Landgerichtsbezirk Cleve, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Calcar versetzt worden.

Berlin, 27. Sept. [Bundesraths-Sitzung.] Die Eisenzölle. — Das Patentgesetz. — Civilprozeßordnung. — Fabrik-Inspectoren. — Das Vermögen des Königs von Hannover.] Der Justizauschuss des Bundesrathes hatte, wie man sich erinnern wird, vor längerer Zeit einen Antrag dahin gestellt, das Kostenwesen im Civilprozeß und im Concursverfahren durch Vorlegung von Gesekentwürfen zu regeln. Da nun der Wunsch besteht, diese Angelegenheit mit den Justizgesetzen in der nächsten Reichstags-Session ins Werk zu setzen, so ist, entgegen der früheren Disposition, schon für morgen (Donnerstag) eine Bundesraths-Sitzung anberaumt worden, in welcher diese Sache den Hauptgegenstand bilden wird und im Uebrigen nur untergeordnete Gegenstände zur Verhandlung kommen dürften. — Bis jetzt ist von einer Vorlage an den Bundesrath bezüglich der Eisenzölle auch nicht entfernt die Rede, wohl aber hört man, daß die meisten Staaten ihre Commissare mit Instruktionen dahin versehen haben, gegen eine Verlängerung der Eisenzollaufhebung zu stimmen. Es hat nun außer Preußen und Elsaß-Lothringen eigentlich kein Bundesstaat ein directes Interesse an einer Verlängerung der Eisenzölle; wohl aber verstecken sich hinter der Befürwortung der letzteren ziemlich erkennbar Wünsche, anderen Industriezweigen dann denselben Schutz wie dem Eisen zu gewähren. Das Wort des früheren Staatsministers Delbrück ist noch unvergessen, daß man mit einem Schutz für das Eisen den ersten verhängnißvollen Schritt auf der Bahn des allgemeinen Schutzes thue. Allem Anschein nach ist auch die preussische Regierung wenigstens noch keineswegs entschlossen, mit dem Antrag auf Verlegung der Eisenzollaufhebung vorzugehen, namentlich nachdem sich die stolzen Hoffnungen der Schutzzöllner auf dem volkswirtschaftlichen Congreß, trotz aller angewandten Mühen, als leere Illusionen erwiesen haben. — Der Entwurf zu einem Patentgesetz ist, wie wir mit Bestimmtheit hören, in der ersten Anlage beendet und wird jetzt einer Prüfung unterzogen, so daß die Angelegenheit in nächster Zeit schon an den Bundesrath wird gelangen können. Die Protokolle der Enquete-Commission werden gedruckt und dem Entwurf als Anlagen beigelegt. Hiernach scheint es noch keineswegs aufgegeben, auch diese Frage durch den nächsten Reichstag erledigt zu sehen, wie dies allerdings gleich nach dem Schluß der Enquete die ausgesprochene Absicht war. Wenn man freilich den Reichstag kaum vor dem letzten Octobertage einberufen will, dann möchte sich bei den gebotenen Zeitverhältnissen kaum mehr erledigen lassen, als das Budget und die Justizgesetze. — In der nächsten Woche wird nun auch der Bericht der Justizcommission des Reichstages über die Civilprozeßordnung, womit der Abgeordnete Becker (Oldenburg) befaßt ist, erscheinen; der Bericht wird nicht viel über einen halben Bogen stark sein. Um so umfangreicher wird sich der über die Strafprozeß-Ordnung gefaßte, den der Abgeordnete von Schwarze erstattet und in etwa 8 Tagen vollendet haben wird. Die Justizcommission tritt am 12. oder 13. October zusammen. — Die vom Handelsminister berufene Conferenz der Fabrik-Inspectoren, welche sich auf die Lage der arbeitenden Klassen beziehen soll, wird, wie wir hören, auch den Zweck verfolgen, daß die Inspectoren zu einer gegenseitigen Mittheilung ihre bisher gemachten Erfahrungen austauschen. Bekanntlich liegt es in der Absicht, das Institut der Fabrik-Inspectoren zu erweitern und namentlich da einzuführen, wo es bisher noch nicht bestand. — Der Beschluß des hannoverschen Provinzial-Landtages, die Regierung zur Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Königs von Hannover aufzufordern, hat hier wegen der Unterschrift des Landesdirectors Rudolph von Bennigsen als Vertreter des flachen Landes neben den Vertretern der Ritterschaft und der Städte Grafen Knyphausen und Fromme Aufsehen gemacht. Bei den Beziehungen des Herrn von Bennigsen zu den hiesigen maßgebenden Kreisen wird seine Unterschrift gewissermaßen als ein Signal dafür angesehen, daß die Regierung selbst jetzt entschlossen sein möchte, die Maßnahme jener lästigen Sequesterung aufzuheben, der einmüthigen Zustimmung des Abgeordnetenhauses dürfte sie dazu sicher sein.

Berlin, 27. Sept. [Stadtverordneten-Congreß. (Schluß.)] Stadt. Dr. Gabriel (Glogau): Das Dreiklassenwahlsystem in den preussischen Städten sei nicht etwa eine uralte Einrichtung, sondern eine Erfindung des Herrn v. Mantuffel und sei ihm nicht bekannt, daß früher in den Städten so destructive Tendenzen zum Durchbruch gekommen seien, wie hier geschildert worden. Die Abstimmung im Abgeordnetenhause zu Gunsten des Dreiklassenwahlsystems habe wohl nur die Furcht vor den Ultramontanen in der Rheinprovinz dictirt. Er habe aber wohl schon gehört, daß die Ultramontanen vielleicht staatsfeindlich, noch nie aber, daß sie stadtfeindlich seien und nach seinen Erfahrungen seien die Ultramontanen auch in den höheren Klassen keineswegs dünner gefaßt als in den niederen.

Stadt. Springer (Berlin): Die Vertheidiger des Dreiklassenwahlsystems vergessen, daß es sich hier um ein Wahlssystem für die ganze Monarchie handle und er glaube nicht, daß, wenn es sich darum handle, ein neues Wahlssystem festzusetzen, man zum Dreiklassenwahlsystem greifen würde. Aber das schlechte Gesetz sei nun einmal da, verschiedene Gemeinden besitzen dies System und eben es seit Jahren, und es frage sich, ob es ratsam sei, dies System ohne Weiteres über Bord zu werfen. — Zweifelloß richtig sei es, daß als Grundbedingung für die Beseitigung des Wahlrechts

ein gewisser Census festgehalten werden müsse, denn diejenigen, die eine gewisse Zeit in der Gemeinde wohnen und gewisse Leistungen für die Commune aufbringen, haben ein bestimmtes Interesse an der Commune. Aber da einmal das unglückliche Dreiklassenwahlsystem da sei und mit der Beseitigung desselben die Rechte vieler Personen gekränkt werden würden, die Jahre lang das Wahlrecht besaßen und dasselbe ängstlich und gewissenhaft ausübten, so sei er der Ansicht, der Congreß könne sich nicht für das Dreiklassenwahlsystem begeistern, aber er könne sich auch nicht gegen dasselbe erklären. (Beifall.)

Stadtverordneter Großmann (Neustadt C.-W.) freut sich, daß er mit seiner überall geführten Vertheidigung für das allgemeine gleiche Wahlrecht auch hier nicht allein stehe, er gebe aber noch über die Vorrede hinaus und plaidire für das allgemeine Wahlrecht ohne Census, das keinerlei Gefahren in sich birge und die Bildung befördere und hebe.

Stadtverordneter Ellerbed (Gnesen): Ein neues Gesetz dürfe nur erlassen werden, wenn sich ein Bedürfnis dazu herausgestellt hat und er bestreite, daß das Bedürfnis zu einer anderweitigen Befragung der Stadtverordneten vorliege. Alle Städte, mit Ausnahme Berlins, würden wohl so lange bei dem bisherigen System bleiben, so lange nicht nachgewiesen, daß ein besseres vorliege. Die auswärtigen Städte müssen auch dafür sorgen, daß Berlin nicht Paris werde und sie dürfen nicht in allen Beziehungen ihren Blick ängstlich nach Berlin richten, sondern selbstständig ihre Ansichten äußern. Nicht aus theoretischen, sondern aus rein praktischen Gründen erkläre er sich gegen die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems. (Beifall.)

Stadtverordneter Grafmann (Berlin) wendet sich namentlich gegen ein etwaiges allgemeines gleiches Wahlrecht ohne Census, denn mit einem solchen würde man die Wahl fast ausschließlich in die Hände derer geben, die am wenigsten Steuer bezahlen. Dagegen könne er sich wohl dem Berliner Vorschlag, der Festsetzung eines gewissen Census, anschließen. Er bitte also, entweder sich für ein gleiches Wahlrecht mit dem niedrigsten Census von 12 Mark, oder aber für das Dreiklassenwahlsystem ohne Census sich zu erklären.

Stadt. Kallmann (Nale): Zwischen Theorie und Praxis sei bekanntlich immer ein großer Unterschied. Die theoretisch sehr schöne Aufhebung der Schacht- und Mahlmüller sei schon jetzt vielfach als ein Danaergeschenk erkannt worden und ganz ebenso sei es mit dem Streit um das richtige Wahlrecht. Theoretisch mögen die Gründe für das gleiche allgemeine Wahlrecht sich nicht widerlegen lassen, praktisch aber würden sich die Dinge so gestalten, daß mittlere und kleinere Städte dabei zu Grunde gehen. Deshalb warne er vor gefährlichen Experimenten und bitte dringend, bei dem Dreiklassenwahlsystem stehen zu bleiben. Unter allen Umständen aber müsse er dazu raten, über diese wichtige Frage zu einem bestimmten Beschluß zu kommen, denn nur dann würden die Verhandlungen darüber einen Werth nach außen hin haben.

Stadt. Dr. Holthoff (Frankfurt a. M.): Er halte es für seine Pflicht, in dieser Frage das Wort zu ergreifen, denn er müsse sich präferiren als ein aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gewählter Stadtverordneter. Als solcher müsse er Einsprüche dagegen erheben, daß das Votum dieses Congresses auf Beibehaltung des Dreiklassenwahlsystems gerichtet werde. Es müsse Gulen nach Spree-Athen tragen, wolle er nochmals die Vorzüge und Nachteile der sich gegenüberstehenden Wahlssysteme untersuchen. Durch die bisherigen Debatten sei sehr vernehmlich die Tendenz gegangen, daß man sich bewußt war, hier über eine Städteordnung für die ganze Monarchie zu discutiren und aus diesem Gesichtspunkte warne er, einen Beschluß über das Wahlrecht zu fassen. Als Minimum müsse er verlangen, das Wahlrecht facultativ durch Ortsstatut regeln zu lassen. Auf demselben Standpunkte wie Frankfurt a. M. ständen viele andere Städte der Monarchie, welche es als eine Vergeltung empfinden würden, wenn sie auf das Dreiklassenwahlsystem wieder zurückgeführt werden sollten. Der Congreß discutire hier in erster Reihe für die öffentliche Meinung und wenn der Congreß einen Beschluß für das Dreiklassenwahlsystem fassen, dann würde die öffentliche Meinung sagen, daß sei der Beschluß der „Beati possidentes“ und die Regierung werde diese ihr gegebene bequeme Waffe verwenden nicht zu Gunsten der Selbstverwaltung, sondern zu ganz andern Zwecken. (Beifall.)

Referent Sped (Colberg) empfiehlt in seinem Schlußwort nochmals, eine Abstimmung über diese Frage ganz zu unterlassen, da die Meinungen darüber zu weit auseinandergehen und einzelne Fragen, die zu dieser Materie gehören, zu einer Entscheidung durch den Congreß noch nicht reif seien. Eventuell beantragt Referent, der Congreß wolle erklären, daß nach seiner Ansicht das Dreiklassenwahlsystem den Vorzug vor dem allgemeinen gleichen Wahlrecht verdiene.

Der Vorsitzende Dr. Straßmann bittet dringend, von einer Abstimmung über die vorliegende Frage Abstand zu nehmen. Er müsse wiederholen, was Stadtverordneter Richter (Berlin) bereits früher bemerkt, daß es sich hierbei nicht nur um eine communale Angelegenheit, sondern wesentlich um ein politisches Princip handle. Wenn die Versammlung abstimmen wollte, dann würde der einfache Effect darin gehen, daß der Congreß gesprengt würde. (Rufe: Sehr richtig!) Es würde dadurch die Einmüthigkeit, die in so vielen anderen Punkten erreicht worden, gefährdet werden, was er im Interesse des Congresses bedauern würde. (Beifall.)

Nachdem auch noch Stadtverordneter Löwe aus rein äußerlichen Gründen und im Interesse der Gerechtigkeit gegen die Berliner Stadtverordneten, die sich freiwillig der Abgabe ihres Votums in allen anderen Punkten enthalten, dieselbe Ansicht vertreten, beschließt der Congreß: von einer Abstimmung abzusehen und die ganze Angelegenheit dem ständigen Ausschusse zur Prüfung und Berichterstattung auf dem nächsten Congreß zu überweisen.

Dem ständigen Ausschusse werden überwiesen: 1) Ein Antrag Brandenburgs, das Communalsteuergesetz für einen integrierenden Theil der Städteordnung zu erklären; 2) ein Antrag von Alt-Damm, betr. die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten nach § 12 der Städteordnung; 3) ein Antrag des Stadtverordneten Bohm, bezüglich der Wahl von Schulräthen, Bau-räthen u. als Magistratsmitglieder.

Damit sind sämtliche Gegenstände der Tagesordnung erledigt und der Vorsitzende schließt den Congreß mit einem kurzen Schluß- und Dankeswort. [Aus Anlaß eines Regimentsfestes] des russischen Kaluga'schen Infanterie-Regiments Nr. 5, dessen Chef der deutsche Kaiser ist, sandte der Regiments-Commandeur dem hohen Chef ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Das Regiment Ew. Kaiserlich Königlich Majestät, welches am Tage seines Regimentsfestes zu einer Kirchenparade versammelt ist, betet mit Allerhöchsten für die glückliche Fortdauer der theuren Tage seines hohen Chefs.“

Als Antwort traf noch an demselben Tage folgendes Telegramm aus Mersburg ein:

An den Commandeur des Kaluga'schen Infanterie-Regiments Nr. 5, den Obersten Glesanowskij:

„Mit Meinem Danke für Ihr Telegramm vereine ich Meine herzlichsten Glückwünsche für das Kaluga'sche Regiment zum Tage seines Regimentsfestes, fest überzeugt, daß das Kaluga'sche Regiment wie bisher, so auch künftighin, sowohl in Friedens- als auch in Kriegeszeiten, es verstehen wird, sich die Gnade seines Kaisers zu verdienen, was Mir zur größten Freude gereichen wird.“

[Der Weibhischof Janiszewski in Posen], der vor einiger Zeit in der hiesigen St. Hewigskirche eine Messe gelesen hat, ist deshalb wegen unbefugter Vornahme eines geistlichen Amtes unter Anklage gestellt und zum künftigen Sonnabend vor die siebente Criminal-Deputation des Stadtgerichts geladen worden.

[Joseph Ernst von Wandel], der Schöpfer des Hermann-Denkmales, ist am 25. d. M. gestorben. Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, erkrankte er, von einer Reise nach Italien heimkehrend und im Begriffe, seinem Stiefbruder zu Neudegg bei Donauwörth einen Besuch abzustatten. Dort nun ist der greise Meister nach längerem Schmerzenslager vom Tode dahingerafft worden, nachdem kaum 14 Monate vergangen, daß er das Hauptziel seines künstlerischen Strebens erreicht hatte, seine große

patriotische That verwirklicht sah. Das Jubelfest im Teutoburger Walde, die Ehren, mit welchen das deutsche Volk den Meister ehrte, sind noch zu lebhaft in unserem Gedächtniß, als daß es notwendig wäre, die Verdienste des Künstlers nochmals eingehend zu erörtern. So lange Armin's Schwert über die deutschen Lande leuchtet, so lange wird man dessen Gedenken, der ein Leben daran setzte, daß dem Erreter endlich der Dank der Nachwelt würdig gezollt wurde. Ernst von Wandel war am 17. Mai 1800 zu Ansbach geboren, und wenn wir irgend wen, so paßt auf ihn der biblische Spruch von dem Leben, welches löslich gewesen durch Mühe und Arbeit. Von irdischen Gütern ward ihm freilich wenig zu Theil, und ein sorgloser Lebensabend, den er nur kurze Zeit genießen sollte, lächelte ihm erst, an jenem Tage, da der Meister mit Armin's Standbild sich selbst ein Monument errichtete aere perennius.

Bremen, 26. Sept. [Siebzehnter Congreß deutscher Volkswirthe.] In der heutigen Sitzung wurde zunächst in die gestern vertagte Debatte über die Erneuerung der Handelsverträge eingetreten und erhielt zunächst das Wort der Handelskammer-Secretär, Herr Bredt (Düsseldorf): Es habe ihn (Redner) sehr gefreut, daß der Referent bezüglich des zu behandelnden Themas sich gestern so unparteiisch geäußert habe. Es sei dagegen bedauerlich, daß die liberale Presse die Schutzzöllner mit so großem Hohn behandle. Auch er (Redner) sei der Ansicht, daß Abschluß von Handelsverträgen notwendig, daß dieselben aber allgemein günstig gewirkt, müsse er bestreiten. Das einzige Land, in dem die Handelsverträge ein günstiges Resultat gezeigt, sei Frankreich. In England und Deutschland könne man kein günstiges Resultat aus den Handelsverträgen constatiren. In England sei seit 1873 die Einfuhr progressiv viel größer gewesen als die Ausfuhr. In Deutschland sei dieser Uebelstand schon seit 1864 zu constatiren. Immer größer werde in Deutschland die Ausfuhr von Rohstoffen, die von anderen Nationen verarbeitet werden. Er proponire die Annahme folgender Resolution: 1) Bei dem bevorstehenden Ablauf der Handels- und Schiffsahrts-Verträge mit anderen europäischen Staaten empfehle sich den- selbigen die Erneuerung erüthlich zu erstreben. 2) Die Unterhandlungen müssen geführt werden mit Rücksicht auf die Verhältnisse, welche die Beziehungen zu den Ländern ergeben, deren gewerbliche und industrielle Thätigkeit derjenigen Deutschlands überlegen ist und zwar in der Richtung, daß Deutschland mit den mitconcurrirenden Nationen nicht in Nachtheil gesetzt und daß erforderlichen Falls auch auf dem Wege von Compensationen die Vortheile der contrahirenden Staaten beiderseitig gewahrt werden, so daß in dieser Weise das Gedeihen von Handel und Industrie zu fördern ist. 3) In Erwägung, daß mit Rücksicht auf die heutige Volkswirthschaft der Ver- kehrs-Verhältnisse die Möglichkeit der Stipulation von Differential- Zöllen ausgeschlossen ist, hält der Congreß für die Dauer der neuen Handels-Verträge die Festsetzung derselben Zollsätze allen Ländern gegenüber, mit denen Verträge geschlossen werden, für erforderlich, sowie daß Änderungen nur im Sinne des Abjages 2 vorgenommen werden. 4) Neue verkehrs-erleichternde Zollverträge erscheinen wünschenswerth, insbesondere mit Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Herr Redacteur Dr. Wolff (Stettin): England sei keineswegs radical frei- händlerisch. Wenn die Einfuhr dauernd größer sei als die Ausfuhr, so müsse das Land reich werden. Man dürfe nicht außer Acht lassen, daß nach dem letzten deutsch-französischen Kriege Deutschland naturgemäß mehr einführen als ausführen mußte, während in Frankreich das Umgekehrte notpendig gewesen. Wohl müsse er die unenliche Wirthschaftlichkeit der Franzosen rühmen. Man habe in Folge der erfochtenen Siege geglaubt, den Fran- zosen schon in allen Dingen überlegen zu sein. In Deutschland begegne man in fast allen Gesellschaftsklassen großer Verschwendung. (Lebhafter Widerspruch.) Aber mache man doch die Geseßgebung nicht dafür verant- wortlich. — Es gebe beispielsweise in Deutschland eine Fabrik, in der Materialien zu Pferdebeschlägen angefertigt werden. Diese Fabrik könne nur schwedisches Eisen gebrauchen. (Gelächter in den Reihen der Schut- zöllner.) Diese Fabrik müsse nun für 30,000 Gr. Eisen, das sie mindestens alljährlich aus Schweden beziehe, 30,000 M. Zoll zahlen. Die meisten Hufschmiede in Deutschland entnehmen aus dieser Fabrik ihre Bedürfnisse. Tragen vielleicht diese 30,000 M. Zoll auch zur Begründung der deutschen Klein-Industrie bei? (Lebhafter Beifall und bestiger Widerspruch.) Herr Redacteur Dr. Stöpel (Frankfurt a. M.): Er erkläre sich für autonome Tarife. Im Weiteren müsse er bemerken, daß England sich ganz energisch vor der belgischen Concurrenz schütze. (Rufe: Auch vor Deutschland! Große Heiterkeit.) Dr. Stöpel: Jawohl meine Herren, auch vor Deutschland, es schütze sich einfach und damit basta. (Wiederholte Heiterkeit.) Herr Redacteur Dr. Hertella (Wien) wendet sich zunächst gegen die von gegnerischer Seite angezogenen Schlußfolgerungen in Sachen der Handelsbilanz. Auf interna- tionalem, industriellem Gebiete, so fuhr der Redner alsdann fort, herrsche gegenwärtig ein allgemeines Vertheilpiel. Es fürchte sich immer eine Nation vor der Concurrenz der anderen. Wenn man den Grundfals aufstelle: eine größere Einfuhr als Ausfuhr sei ein wirtschaftliches Unglück, dann sorge man dafür, daß bei dem nächsten Kriege, den Deutschland mit Frankreich vielleicht wieder einmal führen dürfte, Deutschland geschlagen werde. (Lautes Gelächter auf Seiten der Schutzzöllner.) Ja dann würde nach Beendigung des Krieges naturgemäß die Ausfuhr die Einfuhr übersteigen und nach Ansicht der Herren Schutzzöllner würde alsdann Handel und Industrie floriren. (Beifall und Widerspruch.) In fast allen Ländern erüthnen sich gerade die meist begüterten des Schutzes ihrer Industrien. In England erüthnen bei- spielsweise im Ganzen 30,000 Großgrundbesitzer und diese genießen des Schutzes am längsten. Ähnliches sei aus allen Ländern zu verzeichnen. In Oesterreich z. B. verlangen nicht die hungernden Weber, sondern neben den reichen Tuch-Fabrikanten und Spinnern, hauptsächlich die in ganz Oesterreich existirenden sechs Kattun-Druck-Fabrikanten, die alle ein Ver- mögen von vielen Millionen Mark besitzen, einen höheren Schutzzoll. Die Frage: „Schutzzoll oder Freihandel in concreto“ sei eben eine Nachfrage. Ueberzeugen werden die Schutzzöllner die Freihändler und wohl auch un- gelehrte nicht. Wer in dieser Angelegenheit die Macht besitze, der habe den Sieg. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.) — Herr Dr. Grothe (Berlin): Die Handelskammern seien nicht competent über alle Indu- strien ein maßgebendes Urtheil abzugeben. In Frankreich andere man nicht bestehende Handels- und Verkehrs-Bestimmungen auf Grund ein- seitiger Enqueten; dort frage man vorher alle beteiligten Kreise. Daß dies in Deutschland nicht geschehe, sei als Mit-Ursache des gegenwärtigen wirtschaftlichen Nothstandes zu betrachten. (Widerspruch.) Die „Schutzzöll- ner“, über wie sie sich selbst nennen: „Die Vertheidiger der nationalen Arbeit“ fürchten die ausländische Concurrenz in keiner Weise. Sie wollen nur eine gewisse Stabilität für die nationale Arbeit schaffen. — Handels- kammer Secretär, Herr Dr. Gras (Breslau) beantragte: die Resolution der Referenten Lam'ers (Bremen) und Dr. Weigert (Berlin) dahin zu modifi- ciren, daß es am Schluß einfach heißt: „Die neuerdings vielfach ange- regte theilweise Verwendung der einheimischen Gewichtszölle unseres Tarifs ist lässig, sofern dabei der durchschneidliche Betrag der betreffenden Zölle nicht erhöht wird.“ — Herr Spinnerei-Director Hassler (Augsburg): Den Deut- schen habe man im Auslande den Markt abgesperrt, hier fürchte man sich aber, trotz aller Krisen, auch nur die mindeste Compensation eintreten zu lassen. Die Frage: ob Schutzzoll oder nicht, sei nun nur noch eine Frage der Zeit. Bedauerlich sei es nur, daß je länger der Freihandel herrschte, desto größer und nachhaltiger sei die Schädigung auch für die Consumenten. Das Wärden, daß durch die Zölle die Consumption vertheuert werde, daß z. B. in Folge der Zölle der Arbeiter ein Hemd merktlich theurer kaufen müsse, werde doch von denkenden Menschen nicht geglaubt werden. (Große Unruhe.) Er (Redner) sei wohl berechtigt zu sagen: er spreche hier im Namen der Arbeiter (Ob! Widerspruch.). Die Herren von der „Concordia“, man werde ihn (Redner) wohl verstehen, werden gewiß mit ihm den Wunsch theilen, daß unseren Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, sich besser zu nähren, zu kleiden und wohlthun einzurichten, als es gegenwärtig in sehr vielen Industriebezirken der Fall sei. — Fabrikbesitzer Herr Dr. Mar Weigert (Berlin): Eine Cre- scendo-Verde sei ihm lieber, als eine Krähe, deren Domicil-Redner nicht

weiter bezeichnen wolle, die sich im niederen Fluge befinden. Internationale Luft sei dieser Kräfte jedenfalls geförder, als eine Mauer, die sie hoch zu fliegen verhindere. (Beifall und Heiterkeit). Der Freihandel habe die deutsche Industrie wahrhaftig nicht ruiniert. Die Ueberproduktion, das Grindertum, das schlechte Transport- und Creditwesen in Deutschland u. s. w. tragen wesentlich die Schuld hiervon. Die amerikanische Industrie sei durch die hohen Schutzölle geradezu ruiniert worden. Wohl sei der amerikanische Arbeiter bisweilen besser genährt als der deutsche; daselbe sei aber auch von dem freihändlerischen England und zwar in viel günstigerer Weise zu constatiren. In Amerika sei beispielsweise in den letzten 10 Jahren der Consum der Cerealien progressiv zurückgegangen. Er (Redner) bestreite Herrn Baffler ausdrücklich das Recht, im Namen der Arbeiter hier zu sprechen. Der Central-Rath der deutschen Gewerbevereine habe nämlich den anwesenden Herrn Bürgermeister Ludwig Wolff (Großenhain) beauftragt, im Sinne der deutschen Gewerbevereine und zwar in freihändlerischer Weise auf dem gegenwärtigen Congresse zu wirken. Er (Redner) könne bei Aufstellung von Enqueteen auch nicht allein die Groß-Industriellen für competent erachten. Auch die Consumenten seien bei einer vollständigen und wirklich umfassenden Enquete zu hören. Bei dem geschichtlichen großen Impuls sei zu erwägen, daß eine große Anzahl Rohproducte nach Deutschland kommen, die nach ihrer Verarbeitung wieder exportirt werden. (Beifall.) Gegen eine große Minderheit wurde nunmehr der Antrag des Herrn Bued (Düsseldorf) und ein ähnlicher, von Herrn Dr. Stöpel (Frankfurt a. M.) gestellter abgelehnt, dagegen folgender, von den Herren Lammer (Bremen) und Dr. Weigert (Berlin) prap. wieder angenommen: Bei dem bevorstehenden Ablauf der Handels- und Schiffahrtsverträge mit anderen europäischen Staaten empfiehlt sich deutscherseits deren Erneuerung ernstlich zu erstreben. Die Unterhandlungen müssen auf Erleichterung der Aus- und Einfuhr gerichtet sein. Auf Gleichheit der beiderseitigen Zollsätze auszugehen, hat als allgemeines Verhandlungsprogramm wegen der Vielheit der Verträge keinen Sinn und ist im einzelnen Falle nur zulässig in der Richtung auf den niedrigeren Satz. Die Regel muß, wie bisher, unsererseits Verallgemeinerung aller der Zollermäßigungen sein, welche einem einzelnen fremden Staate bewilligt werden und von der anderen Seite für Deutschland Erlangung der Rechte der meistbegünstigten Nation. Neue verkehrs-erleichternde Zollverträge erscheinen wünschenswerth, insbesondere mit Rußland und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Herr Geh. Commerzienrath Baare (Bochum) sprach alsdann über die „Eisenzölle“. Der Redner bemerkte: Die Lage der deutschen Eisen-Industrie sei eine solche, daß, wenn jetzt die Zölle fallen, diese Industrie überhaupt aufhöre. Man werde vielleicht sagen: eine Industrie, die nicht anders als auf Kosten der Allgemeinheit bestehen könne, sei ungesund und möge untergehen. Er verlange aber gar keinen Schutz ober gar eine Zollherhöhung, aber man ruiniere eine Industrie im Vaterlande, auf die man regierungsseitig einmal mit Stolz herabgesehen habe, wenn man die gegenwärtigen Eisenzölle jetzt aufhebe. Die Millionen von Menschen, die in Folge dessen brotlos würden, seien doch wohl auch zu berücksichtigen. Die deutschen Eisen-Industriellen seien jetzt auf einem Standpunkte angelangt, daß sie mit Professor Leo in Halle sich einen „frischen, fröhlichen Krieg“ wieder wünschen (hört, hört!) Ja, es sei traurig, daß man so weit gekommen sei; aber bei einem Kriege gebe es doch wieder Conjunctionen und verdienen können die deutschen Eisen-Industriellen nicht mehr das Mindeste. Schaffe man in Deutschland Verkehrsmittel, wie solche in England bestehen, dann werde Niemand Schutz verlangen. Man müsse in Deutschland im Sommer und Winter das Eisenerz per Eisenbahn transportiren. An Ueberproduktion habe die deutsche Eisen-Industrie niemals gekrankt. Er (Redner) wolle nichts gegen die liberale Gesetzgebung der letzten Jahre, insbesondere gegen die deutsche Gewerbegesetzgebung einwenden; aber das Factum müsse er erwähnen: das Unfall-Gesetz, sowohl als auch die Gewerbeordnung habe die deutsche Eisen-Industrie nicht un wesentlich geschädigt. Ein Redner habe Beispiele aus Oesterreich angeführt. Möge dieser Herr dafür sorgen, daß in Oesterreich der Zoll auf Eisen, der dort 30% betrage, auf 10% herabgesetzt werde, dann verlange er gar keinen Schutz gegenüber Oesterreich. Oesterreich könne ebenso vortheilhaft arbeiten als Deutschland; wenn es dies nicht thue, dann liege es an seiner Trägheit. Die Eisab-Rothbringer Eisenwerke seien genöthigt, 40 pCt. Zoll an Frankreich zu zahlen, während das französische Eisen nunmehr zollfrei nach Deutschland kommen sollte. Er (Redner) könne nicht umhin, dieses Factum als eine Schmach für Deutschland zu bezeichnen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.) Er beantrage die Annahme folgender Resolution: In Rücksicht auf den offenkundigen Nothstand, in dem sich die Eisen-Industrie befindet, sowie unter Hinweisung auf den bevorstehenden Abschluß neuer Handelsverträge empfiehlt der volkswirtschaftliche Congress die Aufhebung der Eisenzölle bis auf Weiteres zu veranlassen. — Herr Kaufmann Philippson (Düsseldorf): Kriegen habe es immer gegeben; schon 1859 verlangte man zur Bekämpfung des Nothstandes Schutzölle für Eisenproducte, ohne sowohl damals als auch heute daran zu denken, daß das weitaus meiste Hoheisen von den deutschen Eisen-Industriellen aus England bezogen werde. Deutschland sei genau so exportfähig wie England. Die englischen Arbeiter lassen sich beispielsweise gar keine Lohn-Reductionen gefallen und wenn in England ein Arbeiter in der Fabrik verunglückt, so sei es ganz selbstverständlich, daß der Fabrikant für ihn Sorge. Die deutschen Eisen-Industriellen richten sich durch ihre Schleuderpreise selbst zu Grunde. (Widerspruch.) Redner unterstützt seine Behauptung durch Belege und bemerkte: Geschäftsleute, die so handeln, denen werde er als Banquier allen und jeden Credit entziehen. Die Eisenbahnen schreiben gegenwärtig Schienenlieferungen an den billigsten Lieferanten aus und erhalten Anerbietungen, über deren Preis-Oefferten man erstaunen müsse. Daß die Eisenbahnen den gegenwärtigen Nothstand auszunutzen suchen, sei allerdings sehr Unrecht; eines nicht geringeren Unrechtes machen sich aber die Industriellen schuldig, die durch ihre Schleuder-Preise ihre Industrie ruiniren. (Beifall und Widerspruch.) Mit 137 gegen 105 Stimmen wurde hierauf der vorerwähnte Antrag des Herrn Baare (Bochum) abgelehnt; dagegen folgender von Herrn Redacteur Dannenberg (Hamburg) gestellter, mit derselben Majorität acceptirt: „In Erwägung, daß die Nothlage der deutschen Eisenindustrie keine einseitige ist, sondern daß sich die Industrien fast aller Länder in Nothstande befinden; in Erwägung, daß dieselbe eine natürliche Reaction gegen die übermäßige vorangegangene Anspannung bildet und abgesehen unter den jetzigen Zollverhältnissen entstanden ist und daß erfahrungsmäßig solchen Kriegen eine gefündere Entwicklung des Geschäftslebens folgt; in fernerer Erwägung, daß der Export der deutschen Eisen- und Stahl-Erzeugung in den Jahren von 1872—1875 um 81 pCt. zugenommen hat, während der englische Eisen- und Stahl-Export in derselben Periode eine Verminderung von 27 pCt. zeigt; in englischer Erwägung, daß nicht die Einfuhr von Auslande, sondern vielmehr die maßlose Ueberproduktion des Inlandes und die unethische Concurrenz, welche die inländischen Eisenproductenten gegen einander ausüben, den Preis ihrer Fabricate drückt, erklärt der volkswirtschaftliche Congress, daß eine Aenderung der am 1. Januar 1877 in Kraft tretenden Zollgesetzgebung nicht zulässig ist.“ — Danach wurde die Sitzung bis Donnerstag vertagt.

Hannover, 27. Sept. [Die Frau Prinzessin Albrecht von Preußen] ist heute Vormittag 8 1/2 Uhr von einem Prinzen entbunden worden.

Bochum, 26. Sept. [Die Staatsanwaltschaft] unseres Kreisgerichts hat gegen 30 bei dem vor einiger Zeit in Witten gegen die Altkatholiken verübten Excess die Anklage wegen Aufruhrs und Auslaufs und gegen 7 andere Personen die Anklage wegen qualifizirten Auslaufs und Landfriedensbruchs erhoben. Diese letzteren sieben werden vor das Schwurgericht in Essen verwiesen werden. Auch hier in Bochum wird demnächst eine der katholischen Kirchen des Altkatholiken zur Mitbenutzung eingeräumt werden (ein Recurs des römisch-katholischen Kirchenvorstandes gegen diesen Act ist bereits vom Herrn Kultusminister Dr. Falk abschlägig beschieden worden); es ist daher zu hoffen, daß die obige Thatsache abschließend auf die Stimmung solcher wirken wird, welche etwa ein Seitenstück zu den Wittener Excessen in Scene zu sehen sich versucht fühlen.

München, 26. Septbr. [Vor dem obersten Gerichtshof] kam jüngst die Beschwerde eines Richters gegen seine Verwendung zu einer Verhandlung zur Bescheidung. Der Redacteur des „Nürnberg-Fürher Socialdemokraten“, Julius Baumann, hatte bei Gelegenheit einer socialdemokratischen Rede sich dahin geäußert, daß Derjenige, der Geld habe, die Geschworenen, Richter und Staatsanwälte auf seiner Seite habe. In Folge dieser beleidigenden Aeußerung stellte das Appellgericht Nürnberg für sämmtliche ihm unterstellte Richter Strafantrag, so daß Baumann vor das mittelfränkische Schwurgericht verwiesen wurde, das ihn unterm 22. Februar d. J. wegen verlesener Bescheidung und Beleidigung des Landesherrn in con-

tumaciam zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilte. Gegen dieses Erkenntniß erhob Baumann das Rechtsmittel des Einspruchs und ließ zugleich durch seinen Verteidiger eine Erklärung einreichen, dahin gehend, daß er für die gegen ihn angefertigte Untersuchung sämmtliche dem Appellgericht Nürnberg unterstellte Richter ablehnen, da sie in eigener Sache nicht Richter sein könnten. In Folge dieser Erklärung lehnten die für die Aburtheilung des Baumann bestimmten fünf Richter ihre Function ab, das Appellgericht Nürnberg entschied jedoch dahin, daß diese Functionsablehnung zu verwerfen sei. Mit diesem Bescheid beruhigten sich sämmtliche Richter mit Ausnahme des Bezirksgerichtsraths v. Haas in Ansbach, welcher in einer zum obersten Gerichtshof ergangenen Nichtigkeitsbeschwerde um Befähigung seiner Functionsablehnung bat. In der heutigen Sitzung des obersten Gerichtshofes führte General-Staatsanwalt von Haubenschmied aus, daß keinem Richter zugestanden werden könne, eine solche Nichtigkeitsbeschwerde einzureichen, da keine gesetzliche Bestimmung auch nur annähernd die Zulässigkeit durchblicken lasse; gegen diese spreche auch schon die Natur der Sache. Baumann habe sämmtliche Richter in Baiern beleidigt, wels' komische Folgen müßte nun eine solche Functionsablehnung haben? Der Abstimmung des Rathes v. Haas sei ja in keiner Weise präjudicirt, und die Nichtigkeitsbeschwerde sei nur ein Ausfluß übermäßiger Sensibilität und allzugroßer Gewissenhaftigkeit. Er beantrage, die Nichtigkeitsbeschwerde zu verwerfen. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des General-Staatsanwalts bei und verwarf die Nichtigkeitsbeschwerde.

Weißenburg, 27. Sept. [Orden.] Unter den durch Ordensverleihungen Ausgezeichneten befindet sich der Kreisdirector v. Stöckner, welcher den Kronenorden 3. Klasse erhielt. Für die Armen der Stadt Weißenburg ist von dem Kaiser die Summe von 2000 Mark angewiesen worden.

Frankreich.

Paris, 25. Sept. [Parlamentarisches. — Der Hirtenbrief des Bischofs von Gap. — Clericales. — Aus Algier. — Thiers. — Gambetta. — Ministerielles. — Don Carlos.] Die Linke des Senats wie die Linke der Kammer haben bekanntlich für die Dauer der Ferien sogenannte Ueberwachungs-Comitès ernannt. Das Comité des Senats hielt gestern eine Sitzung, in welcher V. Hugo präsidirte. Man verhandelte über die politischen Ereignisse der letzten Zeit und verständigte sich über einige Punkte, welche eine Interpellation im Senat hervorgerufen könnten. Wie es heißt, hat eine Anzahl von Deputirten ihrerseits dem Kriegsminister eine Interpellation über die Abwesenheit des militärischen Ehrengelichts beim Begräbniß verschiedener Mitglieder der Ehrenlegion angekündigt. Der General Verhault hätte die Interpellation angenommen, indem er bemerkte, die Regierung habe sich in dieser Angelegenheit nur an die bestehenden militärischen Reglements gehalten, erkenne aber im Uebrigen vollkommen das Recht der Kammer an, dieselben zu verändern. Auf eine Veränderung werden dann auch die republikanischen Factoren jedenfalls dringen. Die „Republique Francaise“ veröffentlicht heute die Petition eines Herrn Jullien, Oberst-Lieutenant außer Diensten, worin ebenfalls die Abschaffung des erwähnten Uebelstandes gefordert wird. — Die clericalen Blätter sind durch den Hirtenbrief des Bischofs von Gap in sehr schlechte Laune versetzt worden. Sie haben auf jede Art in dieses bischöfliche Schreiben einen Sinn hinein zu commentiren gesucht, welchen der Text nicht wohl zuläßt. Am Aergerslichsten geberdete sich natürlich die royalistische „Union“, deren Partei allerdings sehr schlecht fahren würde, wenn die Geistlichkeit nach dem Rathe des Bischofs von Gap die Sache des Thrones von derjenigen des Altars trennte. Da man den Bischof nicht direct tadeln will, fordert man ihn auf, das Lob der Republikaner zu desavouiren. Weit mehr nach dem Sinne der ultramontanen Presse ist ein Brief, welchen der Cardinal-Erzbischof von Paris neuerdings an den Justizminister gerichtet hat und worin er sich darüber beschwert, daß die Kammer die Auszahlung eines Gehalts an die Armeegeistlichkeit verweigert hat. Sehr weitläufig setzt er auseinander, daß man in dieser seiner Klage nicht eine unflathhafte Einmischung in die Politik sehen könne; die Kammer selbst habe das Gesetz verlegt. — Im nächsten Monat tritt in Bordeaux wieder ein katholischer Arbeitercongrès zusammen. Die Veranstalter desselben hatten bei den Eisenbahn-Gesellschaften eine Ermäßigung des Fahrpreises für die Congreß-Teilnehmer nachgesucht, erhielten aber ebenso wie die Urheber des Pariser Arbeitercongresses eine abschlägige Antwort von allen, wieder mit Ausnahme der Nordbahn. — Das „Pays“ brachte gestern eine Sensationsnachricht aus Algerien. Der General Chanzy hätte die Regierung davon in Kenntniß gesetzt, daß dort ein neuer und sehr ernstlicher Aufstand auszubrechen drohe. Omissäre aus dem Orient durchzögen die Araberstämme und predigten überall den heiligen Krieg. Eine Correspondenz der „Debat“ urtheilt ganz anders über die Situation in Algerien. Der Correspondent behauptet, ganz besonders bei den Stämmen, die außerhalb des regelmäßigen Verkehrs mit den Europäern leben, seine Erkundigungen eingegeben zu haben, bei den Stämmen also, in denen sich die wirkliche Gesinnung der muslimännischen Welt am Deutlichsten kundgibt. Da will er denn bemerkt haben, daß die Europäer sich im Ganzen eine sehr übertriebene Vorstellung von dem Gefühle religiöser Gemeinsamkeit unter den Bekennern des Islams machen. Eine Sympathie existire allerdings bei den verschiedenen über den Erdball zerstreuten Gruppen der Mohamedaner für diejenigen Glaubensgenossen, die in einem Kriege gegen die Christen begriffen, aber nicht entfernt könnte man eine Rückwirkung der Ereignisse im Orient auf die Haltung der algerischen Stämme erwarten. In der Provinz Dran hätten die Eingeborenen jederzeit ihre Augen mehr auf den Sultan von Marokko als auf den Sultan in Konstantinopel gerichtet, in der Provinz Constantine durchzögen zwar einige Tolbar (eine Art algerischer Sofias) die Stämme und suchten die religiösen Leidenschaften aufzuregen, aber nirgendwo machte man Miene, dem Sultan zu Hilfe zu kommen, sei es durch Geldsendungen, sei es durch eine Schilderhebung. — Thiers ist heute Vormittag wieder in Paris angekommen. Seine Gesundheit scheint jetzt ziemlich gut, doch hat er in der letzten Zeit anhaltend an einem heftigen einseitigen Kopfschmerz gelitten. Gambetta macht augenblicklich eine Reise durch Oberitalien, wo er eine sehr freundliche Aufnahme findet. Er war vorgestern mit Herrn Ceresole in Stresa. Bei einem Bankett, welches die Municipalität ihm angeboten, hielt er eine Rede über die Zweckmäßigkeit einer Einigung Italiens und Frankreichs, welche sich über dem Simplon hinweg die Hand reichten. Mac Mahon und der Duc Decazes werden für Donnerstag erwartet; an diesem Tage beabsichtigt der Marschall in einem Ministerrath den Vorsitz zu führen. De Marcère kommt ebenfalls Donnerstag zurück; Waddington und Christophle sind heute eingetroffen. — Msgr. Naquet hat die Einladung der Radicaux von Nimes angenommen, in dieser Stadt Anfang des nächsten Monats eine große öffentliche Versammlung zu veranstalten. — Don Carlos ist seit einigen Tagen in Paris. Einem Berichterstatter des „Univers“ hat er nähere Aufschlüsse über seine „Expedition“ in Nord-Amerika zu geben geruht.

—a. Breslau, 27. Septbr. [Breslauer Gewerbeverein.] Unter dem Vorsitz des Stadtraths Sipauf fand gestern Abend die erste Versammlung nach den Sommerferien statt. Dieselbe war sehr zahlreich besucht. Director Dr. Fiedler gab in einem feierlichen Vortrage einen Ueberblick über das gewerbliche Schulwesen in Preußen mit Berücksichtigung Breslau's. Das gewerbliche Schulwesen sei, wie Redner ausführte, noch nicht als, es verbanke sein Entstehen einem um das Gewerbe hochverdienten Mann, dem Wirklichen Geh. Rath Beuth. Redner skizzirte das Wesen der gewerblichen Schulen, welche nach der Verordnung vom 5. Juni 1850 gegründet worden sind. Eine derartige Schule besteht noch in Schweidnitz. Uebergehend auf die nach der Verordnung vom 21. März 1870 reorganisirten Gewerbeschulen, an denen noch mancherlei abstellbare Uebelstände haften, macht Redner eingehend auf den Unterschied zwischen den alten und reorganisirten Gewerbeschulen aufmerksam. Im Weiteren erwähnt Redner der Aufnahmebedingungen bei der hiesigen Gewerbeschule und bemerkt unter Anderem, daß die Abiturienten der hiesigen höheren Bürgerschulen über die Anforderungen hinaus sind, welche an sie zur Aufnahme in die 2. Klasse der Gewerbeschule gestellt werden müssen. Nach Erörterung des Lehrplanes dieser Anstalt spricht Redner den Wunsch aus, die Handwerker möchten hauptsächlich den Fachklassen B., C. und D. ihre Aufmerksamkeit schenken, denn es sei Hauptaufgabe der Gewerbeschule, weit mehr Zöglinge für's praktische Leben als für's Polytechnicum zu entlassen. Redner begründet ferner die Nothwendigkeit der Errichtung von Vorschulen zu den Gewerbeschulen, um eine homogene Schülermasse für die Gewerbeschule zu erhalten. Diese Vorschulen, aus 3 Klassen bestehend, bilden ein geschlossenes Ganzes. Die untere Klasse der Vorschule bei der hiesigen Gewerbeschule ist so eingerichtet, daß jeder tüchtig durchgebildete Schüler, der eine hiesige elementarische Schule oder die Quarta einer höheren Schule besucht hat, in derselben Aufnahme finden kann. Die 1. Vorschulklassen wird am 1. October c. errichtet, die Errichtung der 2. Klasse wird künftige Ostern, die der 3. Klasse wahrscheinlich Michaelis 1877 nachfolgen. Mit den Gewerbeschulen sind in der Regel gewerbliche Fortbildungsschulen verbunden. In Breslau fehlt eine solche Schule noch. Es sei jedoch sicher anzunehmen, daß die städtischen Behörden auch diesem Bedürfnis Rechnung tragen werden. In der Provinz Schlesien hat in letzter Zeit das Fortbildungsschulwesen gute Fortschritte gemacht. Andere Länder seien aber noch weiter. So habe das Königreich Württemberg 2 bis 3 Mal mehr solcher Schulen. Uebergehend auf die anderen gewerblichen Schulen Breslaus bilde, wie Redner ausführte, die Kunst- und Kunstgewerbeschule solche Schüler aus, welche zu einem Kunstgewerbe greifen wollen. Diese Schule werde, wie Redner erfahren, in nächster Zeit einen Maler-Saal erhalten. Die gewerbliche Zeichenschule sei eine ausgezeichnete Fortbildungsschule für Leute, welche sich im Zeichnen und Modelliren zu vervollkommen suchen. Die Erweiterung der Sonntagsschule werde nicht mehr lange auf sich warten lassen. Als Schlussstein für das gewerbliche Schulwesen Breslaus fehle nur noch eine polytechnische Schule, für deren Errichtung sich hoffentlich die schlesischen Provinzial-Stände interessieren werden. — Hierauf zeigte Apotheker Müller durch experimentelle Versuche, wie man sich von der Färbung des Nothweines durch Anilin überzeugen könne. — Herr Dr. Beblo zeigt demnächst den Wasserfänger (Polynom amphibium), welcher in Amerika (Chicago) zum Gerben des Leders neuerdings verwandt wird. Diese Pflanze soll ungleich mehr Gerbsäure als die beste Eichenrinde enthalten. Mit einem Gewichtstheile davon will man in Chicago um ein Drittel mehr Leder gerben, als mit Eichenrinde und das Leder soll obendrein von besserer Qualität sein. Redner fordert zu Versuchen auf, um zu erfahren, ob sich diese Angaben bestätigen. Herr Dr. Beblo zeigt ferner künstlichen Pergament-Schiefer und Papier und einen Electromagneten (Erfinder Gramme), mit dem man in vergrößertem Maßstabe das elektrische Licht erzeugt.

—a. Breslau, 27. Sept. [Rechts-Ober-Ufer-Bezirks-Verein.] Die am 26. d. stattgehabte erste Wintersitzung genannten Vereins wurde durch den Expeditions-Vorsteher Herrn Weyer mit der Mittheilung eröffnet, daß er, nachdem der bisherige Vorsitzende, Herr Telegraphen-Inspector Neumann wegen überhäufeter Geschäfte genöthigt war, dies Amt niederzulegen, in der Vorstandssitzung vom 11. Juli zum Vorsitzenden gewählt worden sei und die Wahl angenommen habe. — Nach der hierauf erfolgten Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten allgemeinen Versammlung machte derselbe Mittheilung über die nach Dohrenfurth stattgehabte Sommerfahrt des Vereins, die sich großer Theilnahme der Bezirksangehörigen zu erfreuen hatte und allseitig befriedigte. Aus den Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung wurde auf die Genehmigung des Antrages des Ingenieur-Büro zur Bildung einer Actien-Gesellschaft behufs Baues der Pferde-Eisenbahn unter dem Namen „Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft“ hingewiesen und ein Schreiben des Stadtverordneten Philipp, Betreffendes betreffs der Promenade enthaltend, welches bis jetzt der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung noch nicht vorgelegen, zur Verlesung gebracht. — Ein Antrag des Herrn Suß, eine Petition an die städtischen Behörden zu richten, dahin gehend, „das Stadttheater zu einem städtischen Institut zu machen“, wurde nach einer sehr ausführlichen Begründung durch den Herrn Antragsteller zum Beschluß erhoben. — In Betreff der Theiligung des Bezirks-Vereins bei den bevorstehenden politischen Wahlen wurde auf Antrag des Herrn Kaufmann Schäfer beschlossen, von einer solchen vollständig abzugehen. — Der hieran sich anschließende Vortrag des Herrn Dr. Karpeles über den Dichter und Dresdner Carl Weise in Freienwalde a. O. erregte sich allgemeinen Beifall und wurde dem Herrn Vortragenden am Schluß der Dank der Versammlung durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt.

—d. Breslau, 27. Sept. [Bezirksverein des südwestlichen Theiles der Schweidnitzer Vorstadt.] Nach längerer Pause fand gestern Abend unter Vorsitz des Zuvorletzt Marsfeldt wieder die erste Versammlung statt. Herr Dr. Dyrenfurth schilderte in einem ansprechenden Vortrage das politische Leben vor dem Jahre 1848. Uebergehend auf die heutige politische Lage skizzirte Redner die einzelnen politischen Parteien, sprach über die Aufgaben des Landtages und schließlich über die vorzunehmenden Stadtverordneten-Wahlen. In der dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgenden Discussion erklärte u. A. Rechtsanwalt Weiß, daß er durch den von den Zeitungen gebrachten Wahlaufruf an die liberalen Wähler Schlesiens überascht worden sei. Dieser Aufruf habe in ihm die größten Besorgnisse hervorgerufen, denn die Parteistandpunkte der beiden liberalen Parteien würden verwischt. Herr Bringsheim hält dafür, daß der Aufruf mehr der Provinz gelte, wo eine Verbindung der Liberalen gegenüber den anderen Parteien meist sehr dringend nötig sei. In Breslau müsse man den Schwerpunkt der Wahlen in die Bezirksvereine legen, die am besten über den in ihren Bezirken aufzustellenden Candidaten unterrichtet seien. Herr Angsten will, daß sämmtliche Bezirksvereine in der Wahlfrage zusammengehen sollten. Stadtverordneter Philipp spricht für den Compromiß der beiden liberalen Parteien, weil er notwendig sei. Herr Rasch hält politische Fragen nicht in das Bereich der Bezirksvereine gehörig. Herr Dr. Dyrenfurth spricht für den Compromiß. Partikularer Freund hält in Breslau einen Compromiß wenigstens vorläufig nicht für angezeigt und empfiehlt, dem Vorstande aufzutragen, Urwählerlisten anfertigen zu lassen und eine Versammlung einzuberufen, welche die Wahlmänner im Bezirk aufstelle, die dann dem Wahlcomitè vorge schlagen werden sollen. Herr Aldermann will die Agitation bei den politischen Wahlen dem Wahlverein überlassen haben. Herr Kraus sucht nachzuweisen, daß die Ultramontanen gar nicht mit den Socialdemokraten gehen können. Uebergehend zu den Stadtverordneten-Wahlen theilt Schlossermeister Liebermann mit, daß im Bezirk vier Neuwahlen nötig werden, die theilweise mit in die Nachbarbezirke fallen. Der Vorstand wird beauftragt, die Urwähler zusammenzurufen und Vorschläge für Stadtverordnete entgegenzunehmen. Eine Frage, betreffend die unerhörte Uebelthätigkeit des Grabens am Höfchener Wege, rief eine längere Debatte hervor. Stadtverordneter Philipp hebt u. A. hervor, daß dieser gemeingefährliche Uebelstand vielleicht schon behoben wäre, wenn sich zum Zweck der Regulirung des Höfchener Weges die Adjacenten mit dem Magistrat geeinigt hätten. Es wird endlich beschlossen, den Magistrat zu eruchen, den Höfchener Weg zu reguliren und den Graben zu befestigen.

—ch. Görlitz, 26. Sept. [Zu den Wahlen. — Realschulprogramm. — Ein Proceß gegen den Evangelischen Gemeinde-Kirchenrath.] Nachdem die „Niederschles. Zig.“ bereits auf die Bildung eines national-liberalen Wahlcomitès des Stadtkreises Görlitz und des Landkreises Görlitz hingewiesen und sodann die Vereinigung des liberalen Comites verkündigt hatte, war man neugierig zu erfahren, wer denn diesmal die Führer der separirten Nationalliberalen sein würden. Heute liegt nun ein Aufruf, der augenblicklich von beiden Comites ausgeht, vor, aus dem sich ergibt, daß sie sich nur als provisorisches Comite ansehen. Dreißigwanzig Männer aus Stadt und Kreis Görlitz laden nämlich die Urwähler der Stadt und des Landkreises Görlitz, welche weder der Fortschrittspartei, noch der conservativen Partei angehören — und die Wahl national-liberaler Abgeordneter anstreben, zu einer Besprechung und Wahl eines Comitès auf nächsten

Donnerstag ein. Es sind aus der Stadt Görlitz: Kreis-Richterrath Bod., der bei den vorigen Wahlen als Gegen-Candidat gegen Dr. Raur, Hagen und Schiller in allen drei Wahlgängen unterlag, Dr. Förster, Rentier Carl Körner, Fabrikbesitzer Sagibill, Kaufmann W. Kubel, Kaufmann J. W. Merten, Bergolder Meyer, Kaufmann J. Neubauer, Tuchfabrikant Fr. Knechtel, Kaufmann C. Nittinghausen, Kaufmann Carl Röber, Rechts-Anwalt Sprint, Mühlenbaumeister Feidler und Kaufmann Zwahr — zum guten Theil dieselben, welche schon bei den letzten Wahlen sich von dem Gros der liberalen Partei getrennt hatten. Nicht wenige von ihnen haben auch schon bei früheren Wahlen die liberalen Candidaten bekämpft. Aus dem Landkreise finden sich unter dem Auftrage der Güterbesitzer Heilig-Krausch und Fidler-Hoffa, die auch schon für Elsner von Gronow's Wahl mit ihren Namen eingetragten sind, die Güterbesitzer Fünffuß-Cosma, Nirdorf-Zobel und Schuler-Girbigsdorf, und unter den Industriellen neben H. Menzel in Penzig und Schulze-Krausch, auch die Namen von Schlobach in Reubammer und G. Krönig in Kauscha, deren Theilnahme an so mehr überraschen muß, als sie auch unter dem Wahlauftrage der schlesischen Liberalen stehen. Die Tinte ist noch nicht trocken geworden, mit der die Herren aus der Görlitzer Haide das Programm unterzeichnet haben, welches als gemeinsamer Ausdruck der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei anzusehen ist, und schon theilweisen sich an einem Acte, der das Zusammengehen der beiden liberalen Parteien in ihrem eigenen Wahlkreise perhorrescirt! — Die Realschule hat seinen Jahresbericht ausgegeben — zum erstenmale ohne wissenschaftliche Abhandlung. Derselbe zählt die Veränderungen im Lehrercollege auf, die ungewöhnlich zahlreich gewesen sind. Es verließen im Laufe des Jahres die Anstalt die Lehrer Burmeister, Marasch, und am Schluß Prof. Dr. H. Schmidt, Lehrer Krause, sowie der Probe-Candidat Hasemann. Es starben Dr. Tiburtius und Oberlehrer Heinge. Neu eintraten Dr. Sudow, Dr. Tiburtius, Kühn und die Probe-Candidaten Hasemann und Dr. Heube, der Hilfslehrer Akt wurde definitiv als ordentlicher Lehrer angestellt. Es bietet sich also ein ähnliches Bild dar, wie es der vorige Jahresbericht des Gymnasiums entwarf — die Stetigkeit der Lehrkräfte hat einen fortwährenden Wechsel Platz gemacht. Die Schule hat am Schluß des Jahres fünf Abiturienten entlassen, von welchen wieder die meistaus größte Zahl sich den Studien widmen wird. Zwei derselben konnten von dem mündlichen Examen dispensirt werden. Aus den Verordnungen der städtischen Behörden ist die eine, welche die Ertheilung von Unterricht an der von Bogten'schen Privatstochterschule den städtischen Lehrern verbietet, sowie der Beschluß vom 31. März, monach die Ausnahme neuer Schüler bei den höheren Lehranstalten dahin beschränkt werden soll, daß in Zukunft nicht wieder Parallellassen entstehen, sowie ein Beschluß des Magistrats vom 11. April, monach die eine Serta zu Michaelis eingehen soll, bemerkenswerth. Die Gesamtzahl der Schüler, welche am Schluß des vorigen Jahres nach Abgang von 41 Schülern 300 betrug, sank zu Ostern auf 278, stieg dann auf 324 und beträgt am Schluß des Schuljahres 315 (9 in I, 8 in II, 28 in III, je 31 in IIIa und IIIb, 45 in IIIc zusammen 107 in Tertio), 17 in IVa, 38 in IVb, 29 in Va, 29 in Vb, 25 in VIa, 25 in VIb. Von diesen 315 Schülern sind 168 einheimische, 147 auswärtige; 11 Katholiken, 7 Israeliten, 297 Evangelische. — Die Zuführung einer Ermahnung des Evangel. Gemeinderaths an nur standesamtlich verbundene Ehepaare, die kirchliche Trauung zur Vermeidung eines öffentlichen Aergernisses nachzuholen, hat einen Empfänger dieser Mahnung veranlaßt, eine Anjurierung gegen sämtliche Unterzeichnete der Zuschrift anhängig zu machen. Sie haben bereits sämtlich eine Vorladung vor den Schiedsmann erhalten; da jedoch wohl keiner derselben erscheinen wird, so wird es zur gerichtlichen Entscheidung kommen. — Gegen die Aufforderung des Synodal-Vorstandes an die Redactionen der beiden hiesigen Blätter, bezüglich der Inserate und Feuilletons, ist Seitens der Beteiligten eine entschiedene Verwahrung eingelegt.

Bunzlau, 27. Sept. [Vorschussverein.] Am 22. Sept. hielt der hiesige Vorschussverein, eingetragene Genossenschaft, eine General-Versammlung ab, in welcher der Jahres-Bericht für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1875 bis dahin 1876 vorgetragen wurde. Aus demselben entnehmen wir folgende Notizen: Die Mittelgeberzahl hat sich um 23 vermehrt und beträgt 405. Die Gesamt-Einnahme betrug 1,186,270 Mark, die Gesamt-Ausgabe dagegen 1,180,075 M. und der Bestand 6225 M. Es wurden 277 neue Vorschüsse im Betrage von 30 bis 4500 M. mit einer Gesamtsumme von 230,875 M. gewährt und 1217 Vorschüsse mit 762,011 M. prölongirt. Das Zinsen-Conto betrug 17,388 M. Die Spar-Einlagen betragen 5820 M. und haben sich dieselben gegen das Vorjahr um 2364 M. vermehrt. Der Mitglieder-Guthaben vermehrte sich um 2738 M. und stieg auf 26,573 M. Der Reservefond betragt 9658 M. Seit der Gründung des Vereins im Jahre 1863 hat sich die Mittelgeberzahl stetig vermehrt und ist von 78 auf 405 gestiegen und ebenso die Vorschüsse von 10,650 Mark auf 992,886 Mark. Vorsitzender des Vereins ist zur Zeit Herr Kaufmann Heidrich und Kassirer Herr Rentant König. — Die hiesige Volksbibliothek enthält gegenwärtig 1160 Werke. Bis jetzt wurden 3124 Bücher ausgeliehen, durchschnittlich in jeder Bibliothekstunde 48.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 28. Sept. [Schwurgericht. — Vorsätzliche schwere Körperverletzung und Raub auf einer StraÙe.] Angeklagt sind 1) der Arbeiter Carl August Bischoff, geboren zu Lauterbach, 19 Jahre alt, bereits im 16. Lebensjahre wegen versuchten schweren Diebstahls bestraft; 2) der Arbeiter Johann Gottlieb Carl Gebel, geboren zu Herdain, 26 Jahre alt, bestraft als Soldat wegen wiederholten einfachen Diebstahls, ferner durch das Stadtgericht zu Breslau zweimal und das Kreisgericht zu Goldberg einmal wegen einfachen Diebstahls, sowie am 1. April 1875 wegen Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt und am 6. August 1875 wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Bedrohung mit einem Verbrechen; 3) der Arbeiter Eduard Schröder, geboren zu Lampadel, Kreis Schweidnitz, 19 Jahr alt, außer wegen Arbeitsleihen einmal wegen einfachen und zweimal wegen schweren Diebstahls und Hehlerei und am 6. August 1875 wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Bedrohung mit einem Verbrechen bestraft. Sie wohnen sämmtlich in Breslau. Die Anklage ist gegen alle drei aus den §§ 223, 224, 228 (vorsätzliche Körperverletzung), 249, 250 Nr. 3, 256 (Raub auf einer StraÙe) erhoben. Die Anklageschrift sagt Folgendes: Am 6. Februar 1876, Abends gegen 10 Uhr, traf der Arbeiter Eduard Hein auf seinem Heimwege nach der Sedanstraße zu Breslau vor dem in der Brunnenstraße gelegenen Gasthause „zum rothen Hirsch“ mehrere junge Leute, welche sich herumalagerten. Kaum waren dieselben seiner ansichtig geworden, als sie auf ihn zuströmten, ihn umringten und zu Boden warfen. Am Boden liegend, wurde Hein von ihnen stark gemißhandelt, dabei der Knöchel an dem linken FuÙe zerbrechen, so daß er, nachdem die Thäter sich entfernt hatten, sich nur auf den Händen und FüÙen fortziehend weiter zu bewegen vermochte. Als er auf diese Weise etwa 200 Schritte auf der angrenzenden Lohstraße sich fortgeschleppt hatte, wurde er von seinen Angreifern von Neuem verfolgt. Dieselben warfen ihn, als sie ihn eingeholt hatten, abermals zu Boden, rissen ihm nunmehr ein Tuch vom dem Halse los, ergriffen eine Wurst und ein Stück Fleisch, welches er in der inneren Seitentasche hatte, und nahmen diese Gegenstände sämmtlich an sich. Hein hatte mittlerweile in Folge der ihm beigebrachten Verletzungen die Besinnung verloren. Als er wieder zu sich kam, hatten seine Verfolger ihn bereits verlassen. Er vermisse jetzt jedoch außer den obengenannten Gegenständen auch noch 12 Mark von seinem Gelde, welches er in der einen Westentasche bei sich getragen hatte. Die Verletzung, welche Hein erlitten, war eine so schwere, daß derselbe längere Zeit sogar in großer Lebensgefahr geschwebt und steht nach dem Gutachten des Prof. Dr. Fischer selbst bei einer Heilung, deren Eintritt jedoch bis jetzt nicht einmal annähernd angegeben werden kann, zu erwarten, daß Hein eine dauernde Entstellung und geminderte Gebrauchsfähigkeit des linken Unterschenkels davontragen wird. Als Thäter sind die drei Angeklagten ermittelt worden. — Kurze Zeit nach dem gedachten Vorfall nämlich erkundigte sich Bischoff bei der unberechtigten Ernestine Brätorius zu Breslau nach dem Befinden des Hein. Als diese bei ihrer Antwort bemerkte, daß Letzterem bei Gelegenheit des Raubansfalls Fleisch und Wurst gestohlen worden, erklärte Bischoff: „Viel Wurst ist es nicht gewesen, meistens theils Fleisch. Wegen dem war es uns weniger zu thun, es war wegen etwas Anderem. Fragen Sie nur den Schröder Eduard, der wird mehr erzählen.“ Derselbe äußerte ferner noch: „Die Sache ist von einem Male Angehen gekommen.“ Schröder ferner war einige Tage nach dem Vorfalle mit anderen Personen in die Wohnung der Stiefschwester des Hein, der unberechtigten Mathilde Jäkel gekommen; diese forberte ihn damals auf, die Thäter zu ermitteln, worauf er erwiderte: „Welleich höre ich etwas.“ Einige Zeit darauf besuchte er mit Gebel wiederum die Jäkel und erkundigte sich bei dieser nach dem Befinden ihres Stiefbruders. Auf die Antwort der Letzteren, daß sich derselbe im Hospital befinde, erwiderte Schröder unter einem höhnischen Lächeln: „Das thut mir leid, daß sie ihn so zugerichtet haben.“, indem er hierbei zugleich bemerkte, daß es wohl ein dreieckiges Fingerring gewesen wäre, womit der Knöchel zerbrochen worden. Gebel entgegnete ihm darauf: „Bruder, Du hast gar nicht dabei zu laden, wenn Du dabei

gewesen bist.“ — Ueberdies hat Bischoff bei seiner polizeilichen Vernehmung zugestanden, am Abend des 6. Febr. mit dem Schröder und Gebel zusammen gewesen zu sein. Beim Nachhausegehen seien sie, wie Bischoff ferner zugegeben, auf der Brunnenstraße in Streit gerathen und hätten sich hier mit einander herumgebalgt. Noch während dieses Intermezzos habe er gesehen, wie Schröder plötzlich einen ihm bis dahin unbekanntem jungen Mann geschlagen. Da dieser dem Schröder sich zur Wehr gesetzt, sei er dem Letzteren und darauf auch Gebel zur Hilfe geeilt und hätten sie nun alle drei gemeinschaftlich auf den Unbekannten eingehauen und ihn zu Boden geworfen. Denselben sei hierbei Wurst und Fleisch aus der Tasche gefallen, welche Gegenstände sie sich angeeignet, unter sich vertheilt und sofort verzehrt hätten. Außerdem habe Schröder dem Unbekannten ein Tuch vom Halse losgerissen und an sich genommen. Bischoff hat nun zwar dieses mit den Ermittlungen im Wesentlichen übereinstimmende Geständniß nachträglich widerrufen, für diesen Widerruf aber keinen Grund angeben können. Der Umstand, daß Hein die Thäter nicht wiedererkannt hat, findet seine Erklärung darin, daß es an dem Abende sehr finstern und ihm von den drei Personen auch nur Schröder bekannt war. Nach Verlesung der Anklage beginnt das Verhör der Angeklagten, zunächst stellt der Herr Vorsitzende an Bischoff die Frage: „Bekennen Sie sich schuldig?“ Bischoff antwortet: „Ich bekenne mich nicht schuldig“ und als ihm nun der Herr Vorsitzende vorhält, daß er unterm 16. März ein ausreichendes polizeiliches Geständniß abgelegt, erklärt B., zu diesem Geständniß bin ich durch den betreffenden Criminalbeamten durch Schläge gezwungen worden, derselbe hat mich mit einem gelben Rohrstock während der von ihm vorgelegten Fragen immer wieder gehauen und habe ich mir ja oder nein geantwortet, ebenso das Protokoll unterschrieben, ohne zu wissen, was ich beantwortet oder unterschrieben habe. Der dem Untersuchungsrichter hat B. am 20. März sein polizeiliches Geständniß vollständig widerrufen, ohne dabei zu erwähnen, daß er geschlagen worden sei. Ebenso bestreitet B. heut auch diejenigen Angaben, welche von der Zeugin Brätorius in der Voruntersuchung bekundet wurden und behauptet, die Prätorius gar nicht zu kennen. Schröder und Gebel, welche erst nach dem von Bischoff abgelegten polizeilichen Geständniß verhaftet worden sind, haben beide eine Anzahl Entlastungszeugen vorgebracht, durch welche bewiesen werden soll, daß Schröder nie mit Bischoff verkehrte und sich alle Sonntage und speciell auch am Sonntag, den 6. Februar, bis Abends spät in Knappe's Tanz-Salon in Neuborst angehalten hat dagegen betreffs des Gebel, „daß dieser wegen fehlender Sonntagskleidung nie Sonntags ausging, sondern stets in der Wohnung seines Schwagerbruders Gabriel geblieben ist.“ Schröder macht ferner geltend, daß er mit Hein seit Jahren bekannt und befreundet sei und dieser ihn doch sofort beim Angriff erkannt haben müÙte. Die Unterredungen mit der Schwester des Hein giebt Schröder zu, es habe die Theilnahme für den Geschlagenen ihn zur Nachfrage nach seinem Befinden benommen. Ehe wir in die Beweisaufnahme eintreten, wollen wir das Benehmen der Angeklagten kurz schildern. — Bischoff steht seit Beginn der Verhandlung meist abgewendet von seinen Anlagegenossen mit finstern, fast verneigtem Blick und beantwortet alle Fragen anscheinend wohl überlegt. Schröder, in seinem Charakter äußerst heftig, protestirt durch Wort und Gebärden wiederholt gegen die Beschuldigungen der Anklage und bricht in größter Aufregung in Thränen aus. Gebel bewahrt während der ganzen Verhandlung die größte Ruhe. — 16 Zeugen treten ein, außerdem wird der schwer lebende Hein in eine Decke gehüllt, von einem Kranlenträger des Allerheiligen-Hospitals in den Saal getragen und hier auf zwei Stühle placirt. Die Hrn. Professor Dr. Fischer und Assistenzarzt Dr. Viertel sind als Sachverständige geladen. — Nach Feststellung der Personalien und Vorlegung der General-Zeugen-Fragen beginnt die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Hein. Derselbe erzählt zuerst kurz den Vorfall, auf die einzelnen Fragen des Präsidenten wird sein durch das fast neun monatliche Schmerzlager natürlich angegriffenes Gedächtniß in so weit angeregt, daß seine Angaben fast genau mit den Aufnahmen der Anklage übereinstimmen. Nur in zwei Punkten ist seine Abweichung wesentlich, erstens behauptet er, nur ein e. n. Hieb, anscheinend mit einem Stück Holz erhalten zu haben, worauf er nicht mehr aufstehen, sondern sich nur kriechend fortbewegen konnte, und alsdann weiß er nur, daß ihm das Tuch vom Halse gerissen wurde, den Verlust von Wurst und Fleisch und eines großen Theiles seiner etwa aus 12 Mark bestehenden Baarhaft hat Hein erst bei seiner etwa um 10 1/2 Uhr erfolgten Ankunft in seiner Wohnung, Sedanstraße 15, bemerkt, monach also die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese Gegenstände während des Fortrückens aus den Taschen verloren gingen. Bei dem Anfall — an welchem wohl fünf Personen theilgenommen haben — sagte Einer: „Ach, das ist ja der Eduard“, Hein hat aber keine von den beteiligten Personen erkannt, auch die erwähnte Stimme war ihm fremd. Die jahrelange Bekanntschaft mit Schröder bestätigt der Zeuge, die anderen beiden Angeklagten kennt er gar nicht, hat auch keines Wissens nie mit einem der Angeklagten irgend einen Streit gehabt. — Die Stiefschwester des Verletzten, unberechtigte Jäkel, behauptet, „Hein habe bei seiner Ankunft am Abend des 6. Februar aus Mund, Nase und Augen (?) geblutet und sagte damals, daß er wiederholt angefallen und geschlagen worden sei.“ Die Prätorius und Frau Elsner haben den Bischoff in der „Krauter-Jonne“ gesehen, derselbe war angetrunken und erkundigte sich nach dem Befinden des Hein (Prätorius wohnte bei Hein), hierbei that er die in der Anklage niedergelegten Aeußerungen. Bischoff bestreitet auch dies und macht gegen die Zeugin eine so geringschätzende Bemerkung, daß unwillkürlich alle Anwesenden lachen müssen. — Der Kranke wird, da ihm das Sitzen große Schmerzen im Bein veranlaßt, auf Antrag des Herrn Professor Dr. Fischer durch den Gerichtshof entlassen, nachdem er seine Aussage auf den in der Voruntersuchung geleisteten Eid als richtig verifiziert. Criminal-Polizei-Assistent Stammwitz ist derjenige, dem Bischoff am 16. März die That eingestanden, das polizeiliche Protokoll ist von diesem Zeugen aufgenommen. Nachdem derselbe versichert, daß das Protokoll genau nach den Angaben Bischoff's gefertigt wurde, erklärt er sich auch bereit, auf die Frage zu antworten, „ob das Geständniß durch Schläge erzwungen worden sei?“ In bestimmtester Form versichert der Beamte, „keinerlei Zwang angewendet zu haben“, wohl sei es möglich, daß er seinen Spazierstock in das Polizei-Gefängniß mitgenommen, aber weder mit der Hand oder dem Stock habe er den Angeklagten geschlagen. Es sei diese Behauptung des Angeklagten eine Infamie, um sich aus der Affaire zu ziehen und seine Genossen zu schützen. — Herr Professor Dr. Fischer giebt den Krankheitsbericht betreffs des Hein. Am 8. Februar im Hospital aufgenommen, bemerkte man an seiner Stelle des Gesichtes oder Kopfes irgend einen von Mißbildungen herrührenden Fleck. Der linke Unterschenkel war gebrochen und befand sich an der inneren Seite des Beines ein Loch, aus dem der Knochen herausstand. Es wurden aus der Wunde verschiedene Knochenstücke entfernt, der ganze Unterschenkel war mit Blut-Extra-Vasaten versehen, es trat Entzündung der Weichteile ein und mußten verschiedene Einschnitte in das Bein gemacht werden, um dem Eiter Ausgänge zu schaffen. Nunmehr ist das Bein leidlich geheilt, die sorgsame Pflege hat aber nicht vermocht, dem Hein das Bein wieder herzustellen. Es wird ihm stets Schmerzen bereiten und stehe, um hierfür Abhilfe zu schaffen, nur die Amputation zu Gebote. Herr Professor Dr. Fischer bezeichnet diese als in nächster Zeit notwendig und bevorstehend; sollte der Kranke nicht in die Amputation willigen, so würde er zeitweilig in Siedethum verfallen, also in jedem Falle sei Lähmung oder Verfümmelung die Folge des Anfalles vom 6. Februar. — Von dem Entlassungszeugen des Schröder kann sein Alibi nicht bewiesen werden, nur bestätigt sein Bruder, daß der Angeklagte nie mit Bischoff verkehrte; dagegen sagt die Frau Gabriel — ihr Mann, ebenfalls als Zeuge geladen, lebt seit einigen Wochen getrennt von seiner Ehefrau und hat demgemäß nicht aufgefunden werden können — betreffs des Gebel aus, daß derselbe im Januar und Februar Sonntags nur zweimal auf Besuch nach der Reudorfstraße (von der Sedanstraße aus) gegangen, beide Male aber vor 10 Uhr wieder nach Hause kam und jedes Mal von ihrem 14jährigen Sohn begleitet wurde. Herr Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs macht zunächst im Allgemeinen darauf aufmerksam, daß nach Ausweis der Polizeiberichte solche Vorfälle mit derartigen unglücklichen Folgen für den Verletzten neuerdings gar nicht zu den Seltenheiten gehören. Es liegen der Anklage zwei verschiedene Vorfälle zu Grunde, Körperverletzung und Raub. Der Angegriffene hat bei beiden Vorfällen keinen der Thäter erkannt, da es nach seiner Angabe sehr finstern gewesen und es zeuge gerade für die Gewissenhaftigkeit des Zeugen, daß er keinen der Angeklagten als Thäter bezeichne. Der Herr Staatsanwalt führt nunmehr das belastende Material vor und hält es durch Indicien erwiesen, daß bei beiden Vorfällen dieselben Personen mitgewirkt haben. Allerdings sei nicht festgestellt, wer den einen Verletzenden Hieb nach dem Bein geführt, für diesen Fall werde er allen drei Angeklagten gegenüber aus § 227 die Frage beantragen, „ob von den Angeklagten durch eine Schlägerei oder durch einen von Mehreren gemachten Angriff dem Hein eine schwere Körperverletzung zugefügt worden ist?“ Was den Raub anlangt, so genügt zur Feststellung derselben, daß auch nur ein Gegenstand, das Tuch, dem Hein gewaltsam entzogen wurde. Bischoff ist durch seine eignen Angaben für überführt zu erachten, Schröder war nach dessen früheren Behauptung derjenige, welcher das Schawltuch wegnahm, ein Alibibeweis ist dem Sch. nicht gegliedert, auch für ihn beantragte er demnach das Schuldig. Der Belastung betreffs der Gebel siehe die Angabe der Frau Gabriel gegenüber,

für diesen Angeklagten stellt demnach der Herr Staatsanwalt den Spruch der Geschworenen anheim. Als Vertheidiger fungiren für Bischoff Herr Rechtsanwalt Geisler, für Schröder Herr Rechtsanwalt Weiß und für Gebel Herr Referendar Kempner, Letzterer in Vertretung des plötzlich erkrankten Herrn Rechtsanwalt Zenter. Herr Staatsanwalt Geisler findet den Thatbestand nicht für festgestellt, auf das polizeiliche Geständniß des Bischoff könne kein Gewicht gelegt werden, da dasselbe vor dem Richter widerrufen wurde, aus früherer Praxis sei ihm auch bekannt, wie manchmal polizeiliche Geständnisse zu Stande kommen. Er beantragt das Nichtschuldig für seinen Klienten. In längerer Ausführung sucht Herr Staatsanwalt Weiß darzulegen, daß jeder Beweis für die Theilnahme des Schröder fehlt, nach den eigenen Angaben des Verletzten ist ihm Schröder sehr genau bekannt, doch war es die Stimme desselben nicht, welche Hein beim Vorfalle hörte. Raub, darin stimme er mit seinem Collegen überein, liege überhaupt nicht vor, das habe die Beweisaufnahme ergeben. Auch sein Antrag geht auf Nichtschuldig, bezüglich beider Verbrechen, doch beantragte er event. die Annahme mildernder Umstände. Herr Referendar Kempner macht darauf aufmerksam, daß Gebel glaubhaft nachgewiesen, wie er nicht bei dem fraglichen Vorfall beteiligt gewesen, prinzipiell das Nichtschuldig beantragend, schließt er sich ebenso wie Herr Rechtsanwalt Geisler der event. Bewilligung mildernder Umstände an. Die Geschworenen erhalten neun Hauptfragen vorgelegt und zwar gleichmäßig gegen alle drei Angeklagten: 1) Ob derselbe gemeinschaftlich mit Anderen den Hein vorsätzlich gemißhandelt und zwar derartig, daß durch die Verletzung eine dauernde Entstellung oder Siedethum des Verletzten eingetreten ist. 2) Ob derselbe gemeinschaftlich mit Anderen dem Hein Fleisch, Wurst und etwa 12 Mark baares Geld in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen und zwar: a. mit Gewalt, b. auf einer StraÙe, und im Falle der Verneinung der ersten Hauptfrage: 3) die schon erwähnte Frage aus § 227. Außerdem zu 1 und 2 als Unterfrage: „ob mildernde Umstände vorhanden sind.“ Nach halbständiger Berathung kehren die Geschworenen in den Saal zurück. Ihr Verdict lautete auf Frage 1 (schwere Körperverletzung) bezüglich aller drei Angeklagten: „Ja, der Angeklagte ist schuldig, mit allen in der Frage enthaltenen Umständen mit mehr als sieben Stimmen.“ Ebenso auf Frage 2 (Raub): „Ja, der Angeklagte ist schuldig, mit allen in der Frage enthaltenen Umständen mit mehr als sieben Stimmen.“ Frage 3 (Schlägerei) erledigt sich durch die Frage 1. — Bezüglich der mildernden Umstände lautet der Spruch sowohl bei Körperverletzung als bei Raub für Bischoff und Schröder: „Nein, es sind keine mildernden Umstände vorhanden mit mehr als sieben Stimmen.“ Für Gebel bei Frage 1 und 2: „Ja, es sind mildernde Umstände vorhanden.“ Bischoff hörte die ihn betreffenden „Schuldig“ ruhig an, nur drehte er das Gesicht plötzlich mehr von seinen Genossen ab und dem Staatsanwalt zu. Bei Verlesung des Verdicts gegen Schröder und Gebel merkte man deutlich einen inneren Kampf bei Bischoff — nur noch einen Augenblick starrte Schröder vor sich hin, dann fasste er in verzweifelndem Wuthausbruch nach seinem Kopf und Haaren und rannte aus der Bank der Angeklagten, dabei rufend: „Kreuz Himmel D.“ kann man denn wirklich unschuldig ins Zuchthaus kommen? ich werde noch andere Zeugen vorschlagen, ich bin nicht genug gefragt worden.“ Gebel brach in heftiges Schluchzen aus. — Schröder wurde mit Hilfe der Gerichtsdienner und des Schutzmannes in die Bank zurückgebracht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Bischoff und gegen Schröder je 6 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Gebel 2 Jahre Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust. Inzwischen hatte Schröder augenscheinlich fassungslos, geweint, geschimpft und zu Bischoff gesprochen, der ihm den Rücken drehte. Der Herr Präsident fragt Bischoff, was er in Betreff des gegen ihn beantragten Strafmaßes anzuführen habe, noch kämpft Bischoff mit sich, plötzlich aber spricht er schnell hintereinander: „ich kann es nicht sehen, daß die Weiden sollen unschuldig bestraft werden, die Weiden wissen nichts davon, ich habe mich an jenem Tage mit 2 Viehtreibern betrunken und mit diesen die That verübt.“ — Schröder antwortet auf dieselbe Frage: „ich beantrage Veratung, ich werde noch andere Zeugen angeben.“ Gebel sagte: „ich erleide die StraÙe unschuldig, ich war nicht dabei.“ — Der Gerichtshof zieht sich zum Urtheil zurück. — Inzwischen tobt Schröder weiter und wird auf Anweisung des Herrn Staats-Anwalts bis zum Wiedereintritt des Gerichts-Collegiums aus dem Saale entfernt. In Folge eines Mißverständnisses hatten die Gerichtsdienner den Schröder in die Gefängnisräume geführt, es trat deshalb nach Eintritt des Gerichtshofes eine kurze Pause ein, um Sch. herbeizuholen. Der Herr Vorsitzende gab Anweisung, den Angeklagten eventuell während der Verkündung des Urtheils ruhig zu erhalten. Schröder trat ein, ruhig und bleich und feste sich mit dem Tuch vor den Augen, den Kopf auf die Brustung gelegt, in die Bank, in derselben Stellung verharrete Gebel. Das Urtheil lautete gegen Bischoff und Schröder nach den Anträgen der Staatsanwaltschaft auf 6 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Gebel wurde auf 4 Jahre Gefängniß und Ehrverlust von gleicher Dauer erkannt, und zwar hatte der Gerichtshof diese Erhöhung gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft durch die besondere, bei dem Vorfalle geübte Robheit für notwendig erachtet. Inzwischen hatte Bischoff den Herren Vertheidigern versprochen, daß er sich sofort in der Gefängnis-Inspection werde zu Protokoll nehmen lassen, um die richtigen Theilnehmer zu nennen. — Weinend, mit dem Tuch vor dem Gesicht, gingen Schröder und Gebel, hinter ihnen Bischoff mit finstern, thränenlosen Blick in das Gefängniß zurück.

Berlin, 27. Sept. Den Auflassungen des Kaisers, die eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Wirren in Aussicht stellen, gegenüber waren die gegentheiligen Nachrichten, die gerade nicht zu spärlich vorlagen, auf die Stimmung der Börse so gut wie einflußlos. Neben einigen telegraphischen Depeschen, die wohl Verbreitung, aber weniger Glauben fanden, wußte man sich unter Anderem zu erzählen, daß Fürst Hohenlohe nach Bargin berufen sei und daß sich General von Manteuffel in politischen Angelegenheiten nach Wien begeben habe. All diesen beunruhigenden Gerüchten widersprach indes auch noch eine Mittheilung der „Havas'schen Correspondenz“ aus Konstantinopel, welche bereits Reformpläne in der Türkei vorführt. Zur Feststellung der Stimmung trat aber besonders der Umstand hinzu, daß für Oesterreichische Creditactien und für Oesterreichische Staatsbahn sich in der Liquidation ein Bedarf an Stücken ergab. Demgemäß änderten sich denn auch die Prolongationsätze; es bedangen Depoirt: Oesterreichische Creditactien 1,10—1,40 M., Lombarden 1,00 M., Franzosen 1,40—2 M., Disconto-Commandit 1/2 %, Laurahütte 1/2—1/4 %. Die internationalen Speculationspapiere waren nicht unbelebt; dieselben hatten niedriger eingestuft, besserten dann aber die Haltung und schlossen sich mit ungefähr gestrigen Schluß-Courfen. Nur Oesterreichische Staatsbahn konnte diese Höhe nicht erreichen. Die oesterreichische Nebenbahnen verhielten sich sehr ruhig und blieben daher auch meist unverändert. Galizier hatten etwas nachgelassen, waren zu der herabgesetzten Notiz aber doch recht fest. Die localen Speculationsactien wurden wenig umgeseht. Dortmundener Union recht fest und eine Kleinigkeit höher; Disconto-Commandit-Anteile ziemlich reger. Disconto-Commandit 119,60, ult. October 119,75—120,25—119,75, Dortmundener Union 9,60, Laurahütte 69,25, ult. October 68,50—69. Die auswärtigen Staatsanleihen verhielten sich zwar nicht die gestrigen Schlußcoursse festzuhalten, besserten in weiterem Laufe jedoch die Stimmung etwas. Auf Werte blieben unverändert, Prämien-Anleihe niedriger, Deutsche Staatspapiere sehr still. Prioritäten unbelebt und in schwacher Haltung. Lombarden fest. Auf dem Eisenbahnenmarkt war das Geschäft sehr gering. Die rheinisch-westfälischen Speculations-Debiten vernachlässigt. Potsdamer fest. Oesterreichische Eisenbahn matter, Halberstädter anfänglich angeboten und gedrückt, blieben zu herabgesetzter Notiz begehrt. Berlin-Dresdener besser, Rumänische Stammactien stagnirten, 8 % Obligationen dagegen stark steigend. Bantnoten sehr ruhig, Deutsche Bank belebt, Meiningener u. Weimarerische Bank rege, bei steigender Coursbewegung, Centralb. für Ind. besser. Thüring. Bank höher, Geraer Bank u. Geraer Creditb. in gutem Verkebr, Leipzig. Wechselbank matter. Industriepapiere meist unbelebt, Unionsbrauerei höher, Continental-Ferredabeh besser, Charlottenburger Pferdebahn fest, Große Pferdebahn steigend, Viehhof etwas gedrückt. Für Westend fehlte es trotz etwas höheren Courfes an Abgebern. Zimmermann-Werkzeug höher, Oesterreichische Eisenbahnbedarf anziehend, Freund, Hartmann, Edert und Anhalter Maschinen besser, Hartorf Bergwerk begehrt und fest, Geestorf Saline höher, Köln. Bergwerk beliebt. Um 2 1/2 Uhr. October fest. Credit 260,50, Lombarden 134,50, Franzosen 477,00, Reichsbant 158,75, Disconto-Commandit 120,25, Dortmundener Union 9,60, Laurahütte 69, Ealm-Mindener 105,37, Rheinische 116,37, Bergische 82,37, Rumänen 16,00, Tärten 12,10. Liquidations-Course pro ultimo September 1876: Italiener 74,75, Oester. Credit 260, Defferr. Papierrente 55,75, Defferr. 1860er Loose 103,75, Silberrente 58,25, Galizier 87,50, Franzosen 479, Königs- und Laurahütte 69, Lombarden 135, Disconto-Commandit 120, Tärten 12,50, Böhmische Westbahn, Oester. Nordwestbahn, Rumänische Eisenbahn-Actien, Dortmundener Union, Gelsenkirchen, Hibernia und Chamrod, Preuß. Eisenbahn- und Bant-Actien, Reichsbant-Anteile heutiger Mittelcourse; Russische Bant-

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 27. Sept. Der Kaiser und die Kaiserin, welche in Carlruhe zusammengetroffen, sind hier 5 1/2 Uhr angekommen, von der königlichen Familie empfangen, von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Die Stadt ist festlich geschmückt und hat geflaggt.

Wien, 27. Sept., Nachts. Das Telegraphische Correspondenzbureau meldet aus Konstantinopel: Die Pforte wird morgen auf die Friedensvorschlage der Großmächte antworten. Die Pforte zeigt sich sehr geneigt, alle wünschenswerthen Reformen zu gewähren. Ein diesbezuglicher Nationalrath wird aus 35 Muselmannern und 30 Christen zusammengefegt.

Brffel, 27. Sept. Der internationale Congress für Gesundheitspflege und Rettungswesen wurde Nachmittags eröffnet. Der König, die Mitglieder des diplomatischen Corps und die Minister wohnten bei. Vervort wurde zum Präsidenten gewählt.

London, 27. Septbr., Nachts. Derby empfang die Deputation, welche die Beschlüsse des City-Meetings vom 18. d. berreichte, und erklärte: Elliot erhielt die Instruction, in einer Audienz dem Sultan die Namen der Urheber der Greuelthaten in Bulgarien mitzutheilen und ihre Bestrafung zu verlangen; er halte die Einberufung des Parlaments nicht für notwendig, da die Verhandlungen mit den Nächten einen sehr befriedigenden Verlauf nehmen; er erachte es keineswegs für wahrscheinlich, daß der allgemeine Frieden Europas gefrdet und der Bestand des ottomanischen Reiches in Frage gestellt würde. Die Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erwarte er in der Bewilligung der lokalen Autonomie der insurgirten Provinzen, gleiche Freiheiten zwischen den Christen und Mohamedanern, wirkamen Garantien gegen die Erneuerung der Grausamkeiten. Er befwortete die Wiederherstellung des status quo ante für Serbien ohne Kriegsentschädigung.

Saag, 27. Sept. Generalmajor Beyen ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Konstantinopel, 26. Sept. Eine neue Verletzung der Waffenruhe seitens der Serben wird vom Generalissimus hierher gemeldet: Die Serben griffen gestern Nacht zuerst an der Brücke, dann längs der Morava unsere Armee an. Der Kampf währte eine Stunde. Die Serben hatten ihn begonnen, indem sie versuchten, die von ihrer Seite aus unternommene Brücke in die Luft zu sprengen, was ihnen nur zum kleinsten Theil gelang. Sie fahren fort, auf unsere Truppen auch mit Kanonen von Zeit zu Zeit zu schießen, ohne daß die kaiserliche Armee ihre Herausforderungen erwidert.

New-York, 27. Sept. Die Unions-Regierung hat mit den unter den Häuptlingen Spotted Tail und Red Cloud stehenden aufständischen Sioux-Indianern einen Friedensvertrag abgeschlossen. — Nach einem Telegramm der „Associated Press“ aus Mexico vom 15. d. M. stände die Anerkennung der von der früheren Regierung in England aufgenommenen Anleihe durch die gegenwärtige Regierung, sowie ein Arrangement mit den Inhabern der bezuglichen Obligationen demnächst bevor.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 27. Sept. Entgegen den Nachrichten von Zeitungen wird berichtet, daß Fürst Hohenlohe nicht auf Urlaub gegangen, sondern auf Wunsch des Fürsten Bismarck über Weenburg nach Berlin und Barzin gereist ist.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 27. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluss-Course.] Londoner Wechsel 204,35. Pariser Wechsel 81,03. Wiener Wechsel 168,25. Böhmische Westbahn 153. Elisabethbahn 118 1/2. Galizier 175. Franzosen*) 238 1/2. Lombarden*) 67 1/2. Nordwestbahn 110 1/2. Silberrente 58 1/2. Papierrente 55 1/2. Ruffische Bodencredit 85 1/2. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100%. 1860er Loose 103%. 1864er Loose 258,00. Creditactien*) 128 1/2. Oesterreichische Nationalbank 726,00. Darmst. Bank 109 1/2. Berliner Bankverein 84 1/2. Frankfurter Wechselbank 82 1/2. Oesterreichische Bank 93. Meiningener Bank 77 1/2. Hessische Ludwigsbahn 100 1/2. Oberhessen 73 1/2. Ungarische Staatsloose —. do. Schabanweijungen alte 88 1/2. do. Schabanweijungen neue 87. do. Ostbahn-Obligationen II. 59 1/2. Central-Pacific 93 1/2. Reichsbank 159. Ziemlich belebt und fest auf allen Gebieten.

Nach Schluss der Börse: Creditactien steigend 130%. Franzosen 239 1/2. Lombarden —. Galizier —. Silberrente —. Papierrente —. 1860er Loose 104 1/2. Reichsbank —.

Hamburg, 27. Septbr., Nachmittags. [Schluss-Course.] Hamburger St.-R. 116. Silberrente 58 1/2. Creditactien 128. 1860er Loose 104. Franzosen 593 1/2. Lombarden 165 1/2. Ital. Rente 74 1/2. Vereinsbank 118 1/2. Laurahütte 69. Commerzbank 94 1/2. Norddeutsche 127 1/2. Anglo-deutsche 46 1/2. Internationale Bank 83 1/2. Amerikaner de 1885 97 1/2. Köln-Minden. St.-A. 105 1/2. Rhein-Eisenbahn do. 116 1/2. Bergisch-Martische do. 82. Disconto 3 1/2 pCt. — Schluss matt. Speculationspapiere Octobercourse.

Hamburg, 27. Septbr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fester. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen pr. September-October 199 Br., 198 Gd., pr. November-December pr. 1000 Kilo 202 Br., 201 Gd. — Roggen pr. September-October 145 Br., 144 Gd., pr. November-December pr. 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. Hafer ruhig. Gerste flau. Rbel still, loco 73, pr. Mai 72, pr. October pr. 200 Pfund 72 1/2. — Spiritus unbedeutend, pr. September 38 1/2, pr. October-November 38 1/2, pr. November-December 38 1/2, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 1/2. — Kaffee fest, Umfatz 4000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 21,00 Br., 20,80 Gd., pr. September 20,80 Gd., pr. October-December 20,75 Gd. — Wetter: Regen.

Liverpool, 27. Septbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmalicher Umfatz 12,000 Ballen. Unbedeutend. Tagesimport 1000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 27. Septbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umfatz 12,000 Ballen, davon fr Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Amerikaner auf Zeit 1/2 D. billiger.

Middl. Orleans 6 1/2, middl. amerikanische 5 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, goob. middl. Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 3 1/2, goob fair Broad —, new fair Domra 4 1/2, goob fair Domra 4 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 5 1/2, fair Smyrna 5, fair Egyptian 6 1/2.

Antwerpen, 27. Septbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Geheaftlos.

Antwerpen, 27. Septbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiss, loco 49 1/2 bez. u. Br., pr. Sept. 49 1/2 Br., pr. October 49 1/2 Br., pr. October-December 49 1/2 Br., pr. September-December —. Ruhig.

Bremen, 27. Septbr. Des Vorktages wegen heute kein Petroleummarkt.

Berlin, 27. Sept. [Productenbericht.] Die Preise für Roggen haben sich heute neuerdings etwas gebessert. Die Kauflust für Termine ist zwar nicht förderlich umfangreich, aber sie ist dem spärlichen Angebot ganz entgegenstehend überlegen. Waare findet regelmäßigen, doch keineswegs schlanen Absatz, weil nur bessere Qualitäten beliebt sind. — Roggenmehl etwas fester, Umfatz schwach. — Für Weizen trat mehr Begehren an den Markt und steigerte besonders nahe Termine bemerkbar im Werthe. — Safer loco kaum preisbalent, Termine fester, Herbst knapp offerirt. — Rbel besser bezahlt. Es kam zu leidlich regem Handel. — Petroleum im tragem Verkehr. Nahe Sichten vernachlässigt. — Spiritus in Folge des anhaltend feuchten Wetters recht fest, Terminpreise zu Gunsten der Vekufer.

Weizen loco 180—220 M. pr. 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer martlicher — M. ab Bahn bez., pr. August-September — M. bez., pr. Septbr.-October 199 M. bez., pr. October-Novbr. 199—200 M. bez., pr. November-December 201—203 M. bez., pr. April-Mai 208 1/2—209 1/2 M. bez. Abgelaufene Anmelbungen — vom 1. September. Gefündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 199 1/2 M. — Roggen loco 147—185 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ruffischer 147—149 1/2 M. ab Bahn bez.,

Berliner Börse vom 27. September 1876.

Table with 2 columns: Fonds- und Geld-Course, Wechsel-Course. Lists various financial instruments and their prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Stamm-Actien, Eisenbahn-Stamm-Prioritts-Actien. Lists railway stocks and their prices.

Table with 2 columns: Hypotheken-Certificates, Auslandische Fonds. Lists mortgage certificates and foreign funds.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Bank-Papiere. Lists railway priority stocks and bank papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritts-Actien, Industrie-Papiere. Lists railway priority stocks and industrial papers.

neuer ruffischer — M. bez., inländischer 74—183 M. ab Bahn bez., erfrmer inländischer — M. ab Bahn bez., erquisiter — M. ab Bahn bez., per Frühjahr 158—158 1/2—158 M. bez., per August-Septbr. — M. bez., per September-October 152 1/2—153—152 1/2 M. bez., per October-Novbr. 152 1/2 bis 153—152 1/2 M. bez., per November-December 154—154 1/2—154 M. bez. Abgelaufene Anmelbungen — vom 1. Septbr. Gefündigt 10,000 Ctr. Kndigungspreis 152 1/2 M. — Gerste loco 130—175 M. nach Qualität gefordert. — Safer loco 128—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 146—162 M. bez., ruffischer 130—153 M. bez., pommerischer 160—165 M. bez., schlesischer 155—162 M. bez., volnischer — M. bez., galizischer 145—153 M. bez., bhmischer 161—165 M. bez., ungarischer 140 bis 148 M. ab Bahn bez., per Frhjahr 151 1/2—152 M. bez., per Sept.-Octbr. 152 1/2—153 1/2 M. bez., per October-November 148 1/2 M. bez., pr. Novbr.-December 148 M. bez. Gefndigt — Ctr. Kndigungspreis — M. — Erbsen: Rothwaare 166—200 M., Futterwaare 159—165 M. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unbedeutend incl. Sack Nr. 0 28,50—26,50 M., Nr. 0 und 1 26,50—25,00 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unbedeutend incl. Sack Nr. 0 25,00—23,50 M. bez., Nr. 0 und 1 23,25 bis 22,00 M.

Spiritus loco „ohne Fa“ 51,4 M. bez., mit leichten Gebinden — M. bez., ab Speicher — M. bez., „mit Fa“ — M. bez., pr. April-Mai 52—52,4 bis 2 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 51,5—8—6 M. bez., pr. October-November 50,3—6—4 M. bez., pr. Nov.-Dec. 50,2—5—2 M. bez. Gefündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 51,6 M.

 Breslau, 28. Sept., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr von gar keiner Bedeutung, bei sehr schwachen Zuführen und unbedeutenden Preisen.

Weizen bei schwachem Angebot preisbalent, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,80 bis 18,80—21,20 Mark, gelber 16,60—17,80 bis 19,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in fester Haltung, per 100 Kilogr. neuer 16,50 bis 17,00 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt. Gerste in rubiger Haltung, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,00—15,40 Mark.

Safer gut preisbalent, per 100 Kilogr. neuer 12,80 bis 13,80 bis 14,50 Mark. Mais in matter Haltung, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,70 Mark. Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16,60—17,60—19,80 Mark. Bohnen unbedeutend, per 100 Kilogr. 15,00—16,00—17,00 Mark. Lupinen mehr beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,00—10,80 Mark, blaue 9,50—11,00 Mark.

Widern schwach beachtet, per 100 Kilogr. 15—16—17,50 Mark. Deliaaten in matter Haltung. Schlaglein in matter Haltung.

Table with 2 columns: Schlag-Feinfaat, Winteraps, Winterrüben, Sommerrben, Leinbutter. Lists various agricultural products and their prices.

Rapskuchen sehr fest, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark, per September-October 7,50 Mark.

Leinkuchen ohne Frage, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark. Kleefamen ohne Angebot, rother ohne Zufuhr, per 50 Kilogr. 48—52 bis 58—60 Mark, weißer schwach zugeführt, per 50 Kilogr. 55—58—62 bis 66 Mark, hochfeiner über Notiz.

Lithmothee ohne Umfatz, per 50 Kilogr. 32—35—38 Mark. Mehl in rubiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 32,50 bis 33,50 Mark, neu 29,50—30,50 Mark, Roggen fein 27,50—28,50 Mark, Hausbuden 26,50—27,50 Mark, Roggen-Zuttermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 7,75 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with 4 columns: Septbr. 27. 28., Nachm. 2 U., Abds. 10 U., Morg. 6 U. Lists meteorological data for September 27-28.

Paris 1671. Gegen Husten u. Heiserkeit

find das vorzüglichste Hausmittel die echten Pariser Brustcarameellen, 1 Packet 30 Bfg. Verbreitet über den ganzen Erdbreis und empfohlen von den berühmtesten Aerzten der Welt — liefert dieselben einzig und allein echt das Haus Maria Benno de Donat Paris 4 bis Depot Potthoff Rue Montolon. Erster Pariser Bazar 1671, echte Pariser Chocoladen, Caramellen u. Zee. Expedition en gros für Deutschland, Oesterreich, Rußland, Breslau, Schweidnitzerstrae 8.

In der Provinz Schlesien bei den bekannsten ersten und feinsten Firmen jeder Stadt: Charlottenbrunn, A. Scholz, — Beuthen, C. Cohn, — Biskupitz, J. Friedlander, — Bunzlau, P. Glagel, — Frankenstein, S. Schmidt, — Freiberg, J. Hellmich, — Glas, Robert Drosdauus, — Glogau, J. B. Kleemann, — Gleiwitz, A. Kraus, — Goldberg, D. Zutschke, — Görlitz, S. Rohland, — Gttesberg, W. Sbner, — Gudrau, C. Scheide, — Grünberg, C. Th. Franke, — Habelschwert, B. Weigang, — Hainau, C. A. Thiel, — Hirschberg, M. Oberer, — Jauer, C. Rihmann, — Kattowitz, W. Bod., — Knigsbtte, C. Kgela, — C. Rihmann, — Ktzb., — Lauban, C. G. Hüllmann, — Liebau, Langenbielau, G. Pkolb, — Luban, C. G. Hüllmann, — Liebau, J. Walter, — Lben, S. L., — Leobfhig, J. Rademacher, — Liegnitz, M. Kable, — Myselowitz, S. Schger, — Neurode, M. Widmann, — Nimpsch, C. S. Hofrichter, — Oels, A. Scholz, — Ohlau, R. König, — Oppeln, S. Lichtwig, — Patzschau, B. A. Hanke, — Peterswaldau, Th. Kluge, — Ratibor, C. A. Kable, — Rawitz, J. Mroczkowski, — Reiners, W. Kristen, — Reichenbach, S. Wienert, — Rothenburg, J. Schneider, — Schmiedeberg, S. Thierscher, — Sagan, Georg Walter & Co., — Tarnowitz, Th. Martin, — Trebnitz, Th. Mehlhans, — Waldenburg, P. Rudolf.

NB. Unsere Internationale Weihnachts-Verkaufs-Ausstellung im December findet wie alljährlich im Hotel de Sillesie statt.

H. Kleemann's Bauflieerei, Bedachungs- und Asphaltirungs-Gesellschaft in Kattowitz

empfehl ich einem geehrten Publikum zur Ausführung auch in den entferntesten Gegenden von Bedachungen und Asphaltirungen jeglicher Art bei soliden Preisen unter Garantie.

Alter Weinhaus-Keller, Kupferschmiedestrae 26. Wein- und Delicatessen-Handlung, Damenbedienung. Weine und Kche vorzüglich. [3261] Rupke, Traiteur.

Visitenkarten, 100 Stück für 15 Egr. bis 20 Egr. N. Raschkow jr. Eine gebildete, gut musikalische, in gesetzten Jahren, von schöner Persönlichkeit, wird zu drei 8 bis 10 Jahr alten Kindern, zum 1. October gesucht. Anmeldungen Freitags sub A. Z. 31 in der Exped. der Bresl. Ztg.

Stepdecken, Stepbrode werden sauber u. schnell gefertigt bei Wittwe Blankensfeld, Neumarkt 8, Vorderhaus 4 Treppen. A. Gonschior, Weidenstr. 22.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.